

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 3 Pf., Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Setzungs-  
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7090.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgeleitete Kolonne  
 je Zeile oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf.,  
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.  
 Preisproben: Amt l. Nr. 1008.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benthj-Strasse 2.

Sonnabend, den 30. Dezember 1899.

Expedition: SW. 19, Benthj-Strasse 3.

## Bezugs-Einladung.

Mit dem 1. Januar eröffnen wir ein neues Abonnement auf den  
**„Vorwärts“**  
 mit seinem wöchentlich fünfmal erscheinenden  
**„Unterhaltungsblatt“**  
 und der Sonntags-Beilage  
**„Die Neue Welt“.**

Im **„Unterhaltungsblatt“** beginnen wir am 1. Januar mit dem  
 Abdruck des neuen, in der Eifel spielenden Romans von **Klara  
 Diebig:**

### Das Weibervdorf.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expediteure  
 sowie unsere Expedition, Benthjstr. 3, Bestellungen entgegen zum  
 monatlichen Preise von

**1 Mark 10 Pfennig frei ins Haus.**

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Be-  
 stellungen zum Preise von

**3 Mark 30 Pfennig**

für die Monate Januar, Februar, März  
 entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste  
 unter Nr. 7071.)

Die Redaktion des „Vorwärts“.

## Zur Lage der Arbeiter.

Der wirtschaftliche Aufschwung der letzten Jahre hat die  
 Lage der Arbeiter keineswegs wesentlich verbessert, sondern in  
 vielen Gegenden noch verschlechtert — dieses Eingeständnis  
 legen die „Amtlichen Mitteilungen aus den Jahresberichten der  
 Gewerbeaufsichtsbeamten“ in den beiden letzten Berichtsjahren ab.  
 1897 hieß es, daß zwar vielfach sogar bedeutende Lohnerhöhungen  
 eintreten, die Lebenslage der arbeitenden Klassen sich aber  
 in den betreffenden Bezirken trotzdem nicht wesentlich änderte,  
 da diese Vermehrung der Einnahmen regelmäßig  
 durch eine Erhöhung der Lebensmittel- und Wohnungspreise  
 ausgeglichen wurde. Im großen und ganzen hielten sich die  
 Löhne auf der im Vorjahr erreichten Höhe. Das heißt also:  
 Dort, wo keine Lohnsteigerung eintrat, verschlechterte sich die  
 Lebenslage der Arbeiter, da ja die Preise des Lebensunter-  
 haltes überall stiegen.

Für 1898 melden die Berichte, daß die wirtschaftliche Lage  
 der Arbeiterbevölkerung gegen das Vorjahr keine bemerkens-  
 werte Änderung erfahren hat, die Löhne seien zwar mehr  
 oder minder erheblich erhöht worden, aber auch diesmal ging  
 wieder vielfach mit der durch die Aufbesserung der Löhne  
 sowie durch die reichliche und fortbauende Arbeitsgelegenheit  
 herbeigeführten Vermehrung des Arbeitsverdienstes eine Er-  
 höhung der Lebensmittelpreise, namentlich für  
 Fleisch, teilweise auch der Wohnungspreise Hand in  
 Hand, so daß von einer wesentlichen Besserung  
 in der Lebenslage der arbeitenden Klassen  
 im großen und ganzen nicht gesprochen werden  
 kann.

Wie anders klingt das als die Tiraden, die von den  
 Plottenverehrern bei der Staatsberatung über den „wirtschaft-  
 lichen Aufschwung der Nation“ zum besten gegeben wurden.  
 Wie aus den Berichten der Gewerbe-Aufsichtsbeamten hervor-  
 geht, haben die Arbeiter von diesem Aufschwung keinen  
 wesentlichen Vorteil ziehen können!

Das zeigt sich auch dadurch, daß in steigendem Maße die  
 Verwendung billiger Ersatzkräfte wächst. Von  
 Jahr zu Jahr steigt die Zahl der in Fabriken beschäftigten  
 jugendlichen Arbeiter und der Kinder unter  
 14 Jahren. Von letzteren waren 1895: 4327 thätig, 1896:  
 5312, 1897: 6251, 1898: 7072. Die Zahl der jugendlichen  
 Arbeiter stieg im gleichen Zeitraum von 217 422 auf 239 548,  
 1897 auf 259 570 und 1898 auf 276 386. Ein Vergleich mit  
 dem Steigen der Zahl der erwachsenen Arbeiter läßt sich wegen  
 der mangelhaften Angaben des Berichts nicht genau durchführen;  
 für die beiden letzten Jahre wuchs die Zahl der jugendlichen  
 und Kinder um mehr als 3 Proz. höher wie die der Er-  
 wachsenen. In Baden, das eine sorgfältige Zählung vor-  
 nahm, stieg der Prozentsatz der jugendlichen zur Gesamt-  
 arbeiterzahl in den Jahren 1894—1898 von 7,93 auf  
 8,52 Proz.; 1897 hatte er sogar 9,05 Proz. betragen.

Ueber die Ursache dieser Zunahme gehen die  
 Ansichten der Aufsichtsbeamten auseinander; einige schreiben  
 sie dem Mangel an erwachsenen Arbeitern zu, andere dem  
 Bedürfnis der Fabrikanten, einen gut geschulten Arbeiterstand  
 heranzubilden; Württemberg I weist darauf hin, daß  
 infolge steigender Lohnbewegungen der älteren Arbeiter „die  
 Unternehmer gerne auf jugendliche Leute zurückgriffen“, und  
 Unterfranken spricht klipp und klar aus, daß der Grund  
 der Zunahme lediglich in der größeren Billigkeit  
 der jugendlichen Arbeitskräfte zu erblicken sei.  
 Die Zunahme der Beschäftigung von Kindern wird eben-  
 falls durch Mangel an älteren Arbeitern entschuldigt, der Be-  
 amte für Oberfranken aber erklärt sie durch die größere  
 Billigkeit der Kinderarbeit. Unzweifelhaft ist der letztere  
 Grund überall der am meisten maßgebende gewesen. Ebenso

ist es auch die rücksichtslose Sucht nach Profit, welche die  
 vielfache Heranziehung schulpflichtiger Kinder ver-  
 anlachte, die zu zahlreichen Verstaltungen führte, in sehr vielen  
 Fällen aber gar nicht entdeckt und in den allermeisten wegen  
 der Mangelhaftigkeit der Schuggesetze nicht  
 verhindert werden konnte. Der Beamte für Potsdam  
 klagt über die Zunahme der Beschäftigung schulpflichtiger  
 Kinder „in handwerksmäßigen Betrieben der Tabakindustrie  
 und der gesundheitschädlichen Pulverindustrie“, die als  
 Hausarbeit keiner gesetzlichen Einschränkung unterliegen. Auch  
 der Beamte für Berlin erklärt, daß die Zahl der als Heim-  
 arbeiter beschäftigten Kinder nicht festzustellen und gesetzlich  
 leider noch nicht einzuschränken ist. Im Kreis Minden  
 waren 9,8 Proz. der Volksschüler gewerblich beschäftigt, in  
 Reuß j. L. sind es sogar 20—25 Proz. und zwar in Gera  
 etwa 10 Proz., im Oberland an 50 Proz.! Der Wochen-  
 verdienst beträgt 1—1,50 Mark!

Daß durch diese Ausbeutung der jugendlichen Körper die  
 ganze Bevölkerung verelendet wird, schildern verschiedene Berichte.  
 Württemberg II giebt als Folge des Ueberhandnehmens der  
 Schwindsucht an, S.-Aoburg und Gotha schildern das sieche Aus-  
 sehen der Kinder, die bleich, an den Augen und am Rückgrat leiden,  
 in der Schule schläfrig, unachtsam, teilnahmslos und in  
 ihrer geistigen und körperlichen Entwicklung gehemmt sind.  
 Und in welcher nichtswürdigen-rücksichtslosen Weise werden die  
 jugendlichen verwendet! In Potsdam, Arnberg, Ober-  
 bayeru, Pflauen, Meckl.-Strelitz und S.-Altenburg benützt man  
 sie zur Wartung von Dampfkesseln, in anderen  
 Bezirken zur Bedienung von Kreissägen und  
 sonstigen Maschinen, Pressen, Scheeren! Der  
 Beamte zu Jherlohn erhebt mit Recht gegen die  
 Unternehmer den Vorwurf der Gewissenlosigkeit, die er,  
 viel zu häufig, als „Gleichgültigkeit der Betriebs-  
 leiter“ bezeichnet. „Den neu eintretenden ungeschultesten und  
 jüngsten Arbeitern wird die Bedienung gefährlicher Maschinen  
 überwiesen, die ältere Arbeiter gern umgehen. Die Folge  
 sind verhältnismäßig zahlreiche und schwere Un-  
 fälle der jugendlichen Arbeiter.“ Der Aufsichts-  
 beamte für Reuß j. L. schließt aus der „ziemlich hohen  
 Unfallziffer bei den jugendlichen Arbeitern,  
 welche 24 Proz. beträgt (bei den Erwachsenen 2,8 Proz.),  
 daß ungeübte junge Arbeiter viel zu früh an Maschinen und  
 Apparate gestellt werden, deren Gefährlichkeit sie noch nicht  
 kennen.“

In einer Reihe von Aufsichtsbezirken wurde die Beschäf-  
 tigung der Jugendlichen wegen übermäßiger An-  
 strengung von den Beamten beanstandet. Der Bericht für  
 Baden sagt darüber: „In dem Streben nach Ver-  
 billigung der Arbeit werden den jugendlichen Arbeitern  
 manchmal Arbeitsverrichtungen zugemutet, die mit ihrer kör-  
 perlichen Leistungsfähigkeit im Mißverhältnisse stehen.“

Auch von der völlig ungenügenden Ausbildung der Lehrlinge  
 im Handwerk wissen mehrere Beamte zu berichten,  
 ebenso von der Einstellung einer übermäßig großen Zahl von  
 Lehrlingen.

Doch diese „geschmacklose“ Ausbeutung genügt vielen  
 Unternehmern noch nicht, infolgedessen nehmen die Zu-  
 wendungen gegen die Schugbestimmungen beständig zu.  
 Dabei ist deren Umgehung sehr einfach zu bewerkstelligen,  
 weil die Gewerbenovelle sich nur auf Fabriken bezieht und  
 ganz große Etablissements durch Abvermieten der Maschinen  
 an die Arbeiter in handwerksmäßige Betriebe umgewandelt  
 werden können. Es ist daher dringend notwendig, daß endlich  
 die 1891 in Aussicht gestellte und noch immer nicht er-  
 schienene kaiserliche Verordnung kommt, durch die der Absatz 4  
 des § 154 der Gewerbe-Ordnung in Kraft tritt und der  
 Arbeiterschutz auch auf „andere Werkstätten und Bauten“ aus-  
 gedehnt wird. Das verlangen auch die Beamten für Leipzig  
 und Braunschweig ganz ausdrücklich!

Unterstützt wird die ungesetzliche Ausbeutung durch  
 die auch 1898 wieder in Erscheinung getretene berühmte  
 milde Praxis der Gerichte! Lächerlich gering sind  
 die Geldstrafen, welche den Unternehmer treffen, falls er  
 erwischt wird. Da kann er ohne großes Risiko es darauf  
 ankommen lassen, ob er wirklich einmal auch erwischt wird —  
 was ja bei der so spärlichen Revisionsthätigkeit der Beamten  
 zu den Seltenheiten gehören muß. Wenn aber gar noch  
 mit Bissen der Würgermeister die ungesetzliche Beschäftigung  
 schulpflichtiger Kinder geschieht, wie dies aus badischen  
 Cigarrenfabriken gemeldet wird, dann bleibt den Unternehmern  
 nichts mehr zu wünschen übrig!

Zugenommen hat auch die Zahl der in Fabriken beschäf-  
 tigten Arbeiterinnen; sie betrug 1895: 664 116; 1896:  
 699 579; 1897: 732 900; 1898: 764 548. Dabei zeigte sich,  
 wie schon in früheren Jahren, das Eindringen von Arbeiter-  
 rinnen in Gewerbebezweige, welche bis dahin im wesentlichen  
 nur männliche Kräfte verbanden, was, wie der Beamte  
 für Baden sagt, „durch die Erhöhung der Löhne  
 männlicher Arbeiter gefördert wurde“. In einer badischen  
 Metallwaren-Fabrik nahm man anläßlich einer Ar-  
 beiteinstellung Arbeiterinnen an als Streikbrecherinnen. Ob-  
 wohl die Fabrik nun selber zugiebt, daß die Arbeiterinnen  
 manche schwierige Arbeiten besser verrichten, als ihre männ-  
 lichen Kollegen, erhalten sie nicht die Löhne der  
 Letzteren, so daß „die Fabrik durch Verwendung von  
 Arbeiterinnen noch einen Extraprofit von etwa 5 Proz.  
 erzielt“.

Wo die Gesetzgebung einen solchen auf Kosten der Ar-  
 beiterinnen erzielten Extraprofit unmöglich machte, so zum  
 Beispiel durch das Verbot der Nachtarbeit, holten  
 sich die „patriotischen“ Unternehmer männliche Arbeiter aus  
 dem Auslande, — so die Breslauer Zuderfabriken aus  
 Galizien — denen sie annähernd dieselbe schlechte Bezahlung  
 wie den Arbeiterinnen geben. Am liebsten würden aber die  
 Zuderfabrikanten, wie der Bericht sagt, zur Frauenarbeit  
 zurückkehren, da ihnen die Beschäftigung der Ausländer lästig  
 ist. Im Bezirk Braunschweig haben mehrere Fabriken  
 auf das Verbot der Nachtarbeit gequatscht und dem  
 Aufsichtsbeamten runderhand erklärt, daß sie sich bei  
 dem herrschenden Mangel an Arbeitskräften nicht anders be-  
 helfen könnten, als daß sie die Arbeiterinnen nach wie vor  
 nachts arbeiten ließen. Und der Aufsichtsbeamte fügt hinzu,  
 er habe, da die Fabrikanten ihm das freiwillig mitteilten, von  
 einer gerichtlichen Strafverfolgung unter diesen Umständen ab-  
 gesehen!!

Nun — das heißt doch die Nichtbeachtung der Gesetze  
 geradezu provozieren! Der Braunschweiger Beamte hat,  
 indem er von einer Strafanzeige Abstand nahm, vollkommen  
 gegen seine Befugnisse gehandelt und die Arbeiter haben das  
 Recht zu fordern, daß er dafür vom Ministerium zur Verant-  
 wortung gezogen wird.

Zugenommen hat auch im letzten Berichtsjahr wieder die  
 Bewilligung von Ueberarbeitsgesuchen; sie hatte  
 1897 95,7 Proz. betragen, 1898 bei 2658 Bewilligungen und  
 107 Zurückweisungen 96,1 Proz. Dagegen ging die Zahl der  
 in Ueberstunden beschäftigten Arbeiterinnen von 190 686 auf  
 174 513 zurück, die der Ueberstunden stieg jedoch von 3,59 auf  
 3,91 Millionen! Durch solche zahlreiche Bewilligungen werden  
 die Bestimmungen des Gesetzes illusorisch gemacht; eine Ein-  
 schränkung dieses Rücksichtnehmens auf die Unternehmer-  
 Interessen ist dringend notwendig, ebenso daß über-  
 all, nicht nur wie jetzt in einzelnen Bezirken,  
 zur Prüfung der Anträge auch die Gewerbe-  
 Aufsichtsbeamten hinzugezogen werden, die  
 hier und da wenigstens durchsehen, daß ehe  
 Ueberstundenarbeit erlaubt wurde, hygienische Verbesserungen  
 in den Werkstätten zur Einführung gelangen. Es ist ja  
 freilich schlimm genug, daß solche Verbesserungen nur dann  
 erreicht werden, wenn den Unternehmern ein Entgelt durch  
 längere Ausnutzung der Arbeiterinnen gegeben wird.

Daß in der Hausindustrie die grauenvollste  
 Ueberarbeit in ungesunden Räumen herrscht und zu-  
 nimmt, wird auch in dem vorliegenden Bericht wieder  
 geschildert. „Der Erwerbssinn der Unter-  
 nehmer“, wie sich ein Beamter zart ausdrückt,  
 schwächt die für die Konfektionsindustrie erlassenen Schug-  
 vorchriften außerordentlich. Daß auch die Arbeiterinnen sich  
 an dieselben nicht halten und so selbst ihre traurige Lage ver-  
 schärfen, ist eine stets beobachtete Erscheinung bei Gewerbe-  
 zweigen, bei denen die schrankenlose Freiheit der Ausbeutung  
 lange geherrscht hat. Um so mehr ist es Aufgabe der Gesetz-  
 gebung und Verwaltung, durch scharfe, einschneidende Maß-  
 nahmen die Verelendung einzuschränken. Dagegen protestieren  
 aber, und zwar stärker und einflussreicher, als es durch ver-  
 blendete, ihren eigenen Vorteil nicht erkennende Arbeiterinnen  
 geschieht, die Unternehmer — und daher rückt diese Aus-  
 dehnung des Arbeiterschutzes nicht vom Fleck.

Selbstverständlich sind auch hier die Gerichte von  
 jener Parteilichkeit und Milde, wie sie bald sprichwörtlich werden  
 wird. Ein Druckereibesitzer im Bezirk Kassel, der fünf  
 Arbeiterinnen nachts beschäftigte, wird „vom Schöffengericht,  
 trotz der offenkundigen Absicht des Angeklagten, die  
 gesetzlichen Vorschriften zu umgehen, mit nur 10 Mark  
 Strafe belegt“. In Annaberg wird ein Korsettfabrikant,  
 der 60—70 Arbeiterinnen abends nach 8 1/2 Uhr beschäftigt  
 hatte, mit nur 5 Mark bestraft! Wie da das Unter-  
 nehmen vor dem Arbeiterschutz zittern muß!

Für erwachsene Arbeiter haben sich in einigen  
 Bezirken und Berufen solch außerordentlich lange  
 Arbeitszeiten eingebürgert, daß sogar lächerliche Aufsichts-  
 beamte einen gesetzlichen Maximal-Arbeitstag fordern! Man  
 kann da ermeilen, was für Zustände da eingerissen sein mögen!

Als Folge des geschäftlichen Aufschwungs zeigt sich auch  
 eine starke Zunahme der Unfälle und zwar sind es  
 zumeist ungelernete und übermüdete Arbeiter, die ihren Körper  
 zum Opfer bringen müssen! Die „guten Zeiten“ brachten  
 also besonders denjenigen Arbeiterschichten, welche, wie die  
 jugendlichen und Arbeiterinnen, schlecht oder gar nicht organi-  
 siert sind, statt Nutzen nur Schaden, und die gesamte Lage  
 der Arbeiter haben sie nicht gebessert. Die steigenden Profite  
 schluckte das Kapital — den Arbeitern blieb und bleibt die  
 steigende Ausbeutung.

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 29. Dezember.

### Die veralteten neuen Plottenpläne.

Die angekündigten Plottenforderungen der deutschen Re-  
 gierung sind bereits höchst erfolgreich. Allerdings besteht der  
 Erfolg vorläufig nicht in vielgerühmten Schug unserer See-  
 handels oder in Erhöhung der deutschen Macht zur See,  
 sondern — wenn wir in der Sprache unserer Plottenfranken  
 reden dürfen — in einer Verminderung von jenes Schutzes  
 und jener Macht. Denn aus Paris wird heute gemeldet:

Der Minister rat beschloß sich mit einem Gefechtsbericht... Die Ausgaben sollen innerhalb 12 Jahren ausgeführt werden. Die Ausgaben sollen durch die im Budget für die Vermehrung der Flotte vorgesehene Mittel gedeckt werden. Die betreffenden Kredite sind bereits in das Budget eingestellt worden.

Hinter wird vom „Petit Parisien“ gemeldet, der französische Minister hat außer jenen Forderungen für die Verdringung der Küsten und der Kolonien eine neue Flottenvorlage beschlossen. Diese Vorlage fordert die Herstellung von 12 großen Kriegsschiffen, einigen Torpedojägern und einer bedeutenden Anzahl von Torpedobooten. Die Kosten werden auf mehr als 100 Millionen veranschlagt.

Die Franzosen sind also im Begriff, den zu erwartenden deutschen Flottenplänen durch ein noch schnelleres Tempo ihrer Flottenrüstungen zuvorkommen. Der Effekt der neuen, für das Wohl Deutschlands als unumgänglich geprüften Marineforderungen der Herren Tirpitz und Witow ist mithin zwar eine absolute Verstärkung, aber eine relative Schwächung — und auf das Verhältnis der Kräfte allein kommt es an — der deutschen Wehrkraft.

Selbst das flottenbegeisterte „Berliner Tageblatt“ überstreicht ob dieser französischen Ueberbahrung ein längliches Zweifeln. „Unter diesen Umständen, scheint es, befindet sich der deutsche Reichstag immer mehr in der Zwangslage, die deutsche Flottenvermehrung zu bewilligen, obwohl der beabsichtigte Ursprung Deutschlands vor den übrigen Mächten bereits nahezu illusorisch geworden sein dürfte.“

Wir zweifeln nicht, daß die Rückertgarde in wachsendem Flottenverständnis ohne Zögern beim Reichstag eine Revidierung der angelegentlichen Tirpitzpläne behufs Ueberholung der französischen Forderungen beantragen wird. Die Bedeutung des geplanten Doppelgeschwaders ist bereits „nahezu illusorisch“ geworden. Wopfan, wir sind „in der Zwangslage“, drei und vier Doppelgeschwader zu bauen. Und so fort von Zwangslage zu Zwangslage, von Geschwader zu Geschwader.

Dem Flottenwahn ist zum wenigsten der Ruhmestitel nicht zu beinträchtigen, daß er sich selbst schuldig und grundlos der Lächerlichkeit überliefert. —

### Socialdemokratie und Flottenvorlage.

Durch die Presse der Wasserapostel gehen Anträge aus einem Artikel der „Socialistischen Monatshefte“, der sich in allerlei Marinevelutationen ergeht. Wir haben nichts dagegen, wenn sich die bürgerliche Presse auf die Autorität des Verfassers dieses Artikels zur Unterstützung ihrer Sache beruft. Nur lasse man gefälligst die Socialdemokratie aus dem Spiel und rede nicht davon, daß der Artikel ein Stimmungszeichen einer beginnenden Verwässerung unserer Partei darstelle. Der Verfasser des Artikels, ein Herr Richter, ist in der Socialdemokratie völlig unbekannt, und die „Socialistischen Monatshefte“ lassen auch Nicht-Socialdemokraten, ja auch Gegner unserer Partei zu Worte kommen. Die Socialdemokratie ist in der glücklichen Lage, gegen den grassierenden Flottenwahn vollständig immun zu sein.

Sachlich bietet der Autor der „Soz. Monatshefte“, der offenbar der national-socialen Richtung angehört, insofern eine hoch bedeutende Leistung, als ihm das scheinbar Unmögliche gelingt, die national-socialen Gedankenwelt noch konsequenter zu machen; er beweist nämlich die Notwendigkeit einer starken Flotte für den — Zukunftstaat, während er dem heutigen, die Arbeiter entrechtenden System keinen Raub und keine Kanone bewilligen will. Allerdings läßt der „keine Theoretiker“ seinen dapiernen Pfug gleich von zwei Säulen ziehen. Erste Stütze: der Kapitalismus bricht zusammen — dann brauchen wir eine starke Flotte.

Der Kanonendonner von 1870 kündete die seitdem erfolgte rapide Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland an; wer vermag es zu sagen, ob wir nicht einst mit Panzern und Torpedos und die geachtete Basis für die socialistische Gesellschaft erkämpfen müssen? Vielleicht ist es aber dann zu spät. Wer darauf auf dem Boden der Zusammenbruchstheorie steht, wer erwartet, auf den Trümmern der kapitalistischen Wirtschaft der Socialismus entstehen zu können, der wird eine weisse und weitaussehende Kolonialpolitik — wie brauchen wohl nicht hinzuzufügen, daß wir die der Regierung nicht meinen — eben im Interesse der Arbeiterklasse für unumgänglich notwendig halten. Ohne starke Seemachtflotte aber kein Kolonialreich. Wenn heute Kriegsschiffe über Kriegsschiffe gebaut würden, sie wären — rein theoretisch und auf dem Boden der gegebenen Prämissen — nur für uns das wichtigste Machtmittel in unseren Händen zur Begründung und Sicherung des künftigen socialistischen Gemeinwefens.

Oder aber zweitens: der Kapitalismus beseitigt sich, dann brauchen wir erst recht eine starke Flotte. Denn dieser Weltpolitiker ist ganz von der genialen Seeränderromantik erfüllt, daß man mit Panzerschiffen statt mit Handelsbooten und gediegenen Produkten den Markt erobert. Die friedlichen Eroberungen der Kaufleute brauchen ihren starken Rückhalt in der Macht des Staates, dem sie angehören; eine an äußeren Machtmitteln arme Nation wird mit ihren Waren die Weltbewerber nicht auf die Dauer aus dem Felde schlagen können, weil eben diese einen solchen Prozeß nicht ruhig mit ansehen würden, sondern ohne Zweifel mit Gewalt das erstreben würden, was ihnen Geißel und Betriebsamkeit verleiht. Und „den Markt beherrscht nur der Geißel, der ihn unter dem Schutze seiner Kanonen wehrt.“

Es ist nur zu bedauern, daß der Verfasser diese wunderbare Weisheit nicht zu einem „allgemeinen Naturgesetz“ erhebt und ihre Geltung insbesondere auch für den inneren Markt behauptet. Die Mittelstandsfuge wäre mit einem Schlage gelöst. Man gebe dem Handwerker statt etwa die vom Mittelstand ersuchte Warenhaus-Umsatzsteuer ein paar tüchtige Kanonen zur Seite, dann wird er mit Gewalt die Kunden von Weichheit zu sich hinstürzen führen, während ihm sonst, wenn nicht Geißel und Betriebsamkeit, so doch die kapitalistischen Bedingungen den größeren Warenabsatz verweigert würden. Die Kanone macht alles; sie kommt gleich nach Habs. Nebenbei dürfte für die kanonisierten National-Socialen ein Bismarck eine gewisse Geltung haben, der als ersten Grundlag einer vernünftigen Handelspolitik theoretisch anerkannte — wenn er auch nicht danach verfuhr —, daß die wirtschaftlichen Beziehungen der Staaten von dem besonderen politischen Verhältnis, das zwischen ihnen besteht, streng zu sondern seien. Ein Zollkrieg wäre ebenso möglich zwischen verbündeten Staaten, wie ein Zollbündnis zwischen Erbfeinden.

Nur mag an noch so viele Panzerungsmöglichkeiten der Socialdemokratie denken, die Panzerung zu dem absoluten Zerium des Kanonewahns wird Millionen intellektuell zurechnungsfähiger Menschen schwerlich beschaffen. Wenn man aber jenen an national-socialen Trümmern logisch zu Grunde gegangenen Autor als eine — socialdemokratische Autorität anspricht, bloß weil ihn die Redaktion der

„Socialistischen Monatshefte“ — hofentlich nur, um ein abschreckendes Beispiel zu geben — zu Worte kommen ließ, so ist das ungefähr so, als ob Nationalistische Ausführungen als socialdemokratische Ansichten behauptet und dann als — Panzerungszeichen unserer Partei beifällig begrüßt würden.

### Deutsches Reich.

#### Wie Mörder reisen!

Seine Durchlaucht der Prinz von Arenberg ist am ersten Weihnachtstages in Hamburg eingetroffen, ist dabei in einem vornehmen Hotel abgeblieben und befristete dann Sechenswürdigkeiten der Stadt. Während der Ueberfahrt soll Se. Durchlaucht durchaus guter Dinge gewesen sein und huldvoll geäußert haben, „aus der Sache werde nicht viel“. Die Hamburger Fremdenliste verzeichnete am 27. Dezember neben anderen Namen den Se. Durchlaucht Prinz von Arenberg und Bedienung. Der Herr Mörder verfuhr also nach über Bedienung, die sich in seltsamen Zustände befindet. Von Hamburg geriet dann der kaiserliche Herr nach Berlin zu begeben, obwohl er ebenfalls in ein handesgemäßes Hotel einkehrte. Hier wurde er von dem Vertreter eines Berliner Blattes regelrecht interviewt und Se. Durchlaucht hatte die große Güte, unsere geistlichen Ausführungen über den Europafoller in vollen Umfang zu beistimmen.

Der Prinz eröffnete die Unterredung mit folgenden Worten: „Ja wohl, weshalb Sie kommen, Sie wollen mich ausfragen. Ich kann aber gar nichts sagen, es ist mir dies streng verboten. Die Sache liegt in kompetenten Händen und bald wird alles aufgeklärt sein.“

Aus Ihren Worten, Durchlaucht, geht deutlich hervor, daß Sie die Affaire Witzl Cam doch wesentlich anders darstellen werden, als es bisher geschehen ist?“

„Ja selbstverständlich! Ich habe erst gestern die verschiedenen Zeitungsbereiche gelesen. Es ist ja unglaublich, was da alles behauptet wird. Ich werde als Pöbelsch, als Pan-Bau für kleine Kinder hingestellt. Ich kann Ihnen nichts weiter sagen, als das eine: Ich war provoziert und gereizt und habe so gehandelt, wie ich als Ehrenmann und Offizier handeln mußte.“

„Wie ist es aber mit den Behauptungen, daß Cam in ganz willkürlicher Weise, ohne vorheriges Gerichtsverfahren auf grausame Art getötet wurde?“

„Auch darüber kann ich mich des näheren nicht äußern. Es wird alles aufgeklärt werden. In Europa kann man unsere kolonialen Verhältnisse unmöglich beurteilen. Was dort nur schneidig ist, wird hier grausam genannt, was zielbewußt ist, wird hier als willkürlich beurteilt.“

„Zielbewußt?! Gestatten Durchlaucht die Frage, was Ihnen als Ziel vor Augen gestanden hat?“

„Ja, das läßt sich nicht so ohne weiteres beantworten. In der Hauptsache muß es aber unter aller Ziel sein, den preussischen und militärischen Geist in unseren Kolonien einzubürgern.“

Dem Prinzen schien es jetzt, als habe er schon zu viel gesagt. Bevor der Interviewer noch eine weitere Frage stellen konnte, verabschiedete er sich mit den Worten: „Es thut mir leid, Ihnen nicht länger Rede stehen zu können. Ich muß noch Toilette machen und aufs Kolonialamt fahren.“

Wie würden wir gestern? „Das sind die Folgen des Europafollers, für den die Fehler der Kolonialverbrechen das tropische Klima verantwortlich zu machen suchen, der in Wahrheit aber nicht anders ist als die abgelebte europäische Kulturartungsart der Schneidigkeit.“ Der ehrliche Prinz hat diese miere Meinung nun vollständig unterschrieben. Er hat einfach schneidig, ja sogar zielbewußt gehandelt. Als er den Witzling grüßte, war er nur von dem Verbrechen geleitet, den preussischen und militärischen Geist in unseren Kolonien einzubürgern. Ohne ein höheres Ziel geht das einmal nicht ab. Somit imponiert man, wie Karl Peters sagen würde, den schwarzen Westlern nicht.

Inzwischen hat man dem vornehmen Vommelieben des Prinzen einweilen ein Ende bereitet. Der Prinz ist nämlich in Berlin verhaftet worden. Nun, wie vermuten, Se. Durchlaucht wird trotz dem recht behalten:

Aus der Sache wird nicht viel! —

Welpolitik. In Deutsch-Süd-Westafrika wurden im letzten Jahre 21 Schwarze hingerichtet und 233 zu Prügelstrafen verurteilt.

Das Ansehen des Reiches ist darauf tief gestiegen und der Handel hat gewaltig zugenommen. Nur fehlen noch einige Duzend Panzerschiffe, um Heuler und Prügelmeister ausreichend zu schütten. —

„Flottenkundgebung aus Arbeiterkreisen.“ Unter dieser vielversprechenden Marke wird berichtet:

Der Ausschuß des mehr als 40 000 Mitglieder zählenden Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands hat jüngst bei einer Tagung in Weidrecht eine Resolution mit allen gegen eine — auch nicht grundständig gegnerische — Stimme für die Verstärkung der deutschen Flotte angenommen und diese Resolution an den Staatssekretär Tirpitz geschickt. Dieser hat nunmehr an den Vorsitzenden des Gesamtverbandes, Pastor Licentiat Weber aus M. Gladbach, ein längeres Schreiben gerichtet, worin er der Ueberzeugung Ausdruck giebt, daß die Verstärkung der Flotte, wie dem ganzen Vaterlande, so auch dem Arbeiterstande zum Segen gereichen würde.

Die evangelischen Arbeitervereine tragen den Namen Arbeitervereine, weil keine Arbeiter in ihnen sind. Sie wollen offenbar jetzt den Beweis liefern, daß sie sich evangelisch nennen, weil von der Volkswahl der Liebe und des Friedens kein Hauch zu ihnen gelangte. Wenigstens verlaniet in den christlichen Lehren nichts von friedfertigen Panzerschiffen und von evangelischen Schnellfeuerkanonen. —

National. Ein sehr schwieriges Unterfangen ist es gegenwärtig, den Ruf eines national gestimmten Menschen zu erheben. Die liberale „Kölnische Zeitung“ hatte geschrieben, es handle sich bei der Flottenvorlage vor allem darum, daß man von den einzelnen Parteien eine runde und nette Antwort auf die Frage verlange, ob sie in Wirklichkeit national denken. Darauf antwortet die katholische „Köln. Volksztg.“:

„Wer also national denkt, muß — einweilen — der Flottenverdoppelung zustimmen; wenn etwa in nächsten Jahre auf ähnliche Weise wie jetzt die Verdoppelung die Flottenverdreifung aufs Tapet gebracht werden sollte, so muß natürlich „wer national denkt“ abermals zustimmen und so weiter. Vor 1 1/2 Jahren dachte in der Flottenfrage bei uns noch niemand „national“. Damals hielt alle Welt das Flottengesetz von 1898 für eine große Sache, besonders diejenigen, von denen man annehmen sollte, daß sie ein Urteil haben, es läme keine neue Flottenforderung. Wie wenig „national“ das doch gedacht war? Auch der Kaiser war im Jahre 1898 noch hoch befriedigt, wie er in der Thronrede zum Schluß des Reichstags in nicht minder bedeutenden Wendungen zum Ausdruck brachte. Da lam auf einmal zur allgemeinen, wenigstens fast allgemeinen Ueberzeugung die Hamburger Kaiserrede, in welcher der Kaiser gar nicht mehr befriedigt sich äußerte, und alsbald danach tauchte der neue Flottenplan auf, von dessen Vorhandensein anscheinend bis dahin auch die verantwortlichen Staatsmänner noch nichts wußten. Und da soll nach der Auffassung der „Köln. Ztg.“, wer national

denkt“ einfach auf die neue Flottenvorlage schwören müssen. Welch entwürdigender Phzantinismus macht sich doch inmitten des deutschen Volkes breit!“

In Anbetracht der Unmöglichkeit, unter solchen Umständen immer das Gedenkbild der nationalen Stimmung zu erreichen, preisen wir unser Glück, daß wir international gestimmt sind. —

Eine verlorene „Hoffnung deutscher Weltpolitik“. Herr Dr. Lange, dem es „von der Waage bis zum Nabel“ viel zu eng ist, dessen Weltumrundung mindestens nur den ganzen Äquator und vom Nord- bis zum Südpol reichen muß, Herr Dr. Friedrich Lange hat herben Weltfamerz erlitten durch die Meldung, daß eine amerikanische Gesellschaft den Ausbau des Panamalkanals übernommen habe. Damit ist eine der schönsten alldemischen Hoffnungen in das Wasser, auf dem Deutschlands Zukunft liegt, gefallen. Herr Lange weilt der verfallenden eine Grabrede, in der er sehr geheimnisvoll welpolitisches Sinnen entwirrt:

Wir hoffen, dieser Streit zwischen den Vereinigten Staaten und England wegen des Einflusses auf die Verbindung der beiden Weltmeere könne von Deutschland benutzt werden, um gemeinsam mit Frankreich den Konkurrenzkanal auf der Panamalinte in die Hände zu bekommen. In dem Juede dachte wir uns, daß das Deutsche Reich eine wieder kühnere oder dänische Artillerie — am besten Sankt Thomas — als Flottenstützpunkt erwürbe, während Frankreich in jenem Weltseehafen ja noch von früher her Kolonialbesitz hat. Natürlich wäre ein solches Vorgehen gegenüber der Eifersucht der Nordamerikaner sich wie rig gewesen; aber der Preis hätte die Aufstrengungen gelohnt.“

Unglückseliges Alldeutschland! Doch Herr Dr. Lange möge sich trösten. Der Erdball ist groß und es gibt noch allerlei Handelsströme und allerlei Inseln, wo die kühnere deutsche Regierung hoffentlich schneller zureifen wird. Außerdem werden wir ja bald eine sehr starke Flotte haben, mit deren Hilfe wir leicht den Amerikanern den Panamalanal und einige Antillen abnehmen können. Wir hoffen nicht, daß alldemische Weltpolitik vor solchen Aufgaben feige zurückweicht. —

Die beste Rüstung. Der soeben erschienene Jahresbericht der Hamburger Handelskammer nennt die gründliche Bildung der Deutschen auf wissenschaftlichem und technischen Gebiet „die beste Rüstung für den wirtschaftlichen Wettstreit.“

Ein Ehrwürdiger Kaufmann“ denkt noch sehr altnobisch. Die letzte Wintermode gebietet ja, Panzerschiffe und Kanonen für die ausschlaggebende Waffe im wirtschaftlichen Wettstreit zu halten. —

Wirtschaftliche Aussichten. Der Jahresbericht der Handelskammer zu Hamburg äußert sich sehr ziterschützlich über die Ausdauer der gegenwärtigen glücklichen Geschäftslage. Der Bericht glaubt sich zu der Hoffnung berechtigt,

„daß die günstige Lage von längerer Dauer sein werde, und daß wir von einem so jähem Rückschlag, wie er früher mehrmals ähnlichen Perioden folgte, verschont bleiben werden. Gelegentliche Anzeichen, als ob wir den Höhepunkt erreicht hätten und die rückwärtige Bewegung einzusetzen begänne, haben sich teils als vorübergehende Erscheinungen, teils als Wirkungen der durch die gespannte Lage gesteigerten Erregbarkeit der Börse erwiesen. Die größten Anforderungen, die die Industrie sowohl für ihren intensiveren Betrieb als auch namentlich für ihre Ausdehnung an den Geldmarkt stellte, der Umstand, daß der Umlauf der in ihrem Werte gesteigerten und infolge des neuesten Vorgesetzes meist nur der Kassa zu handelnden Effekten erheblich größere Beträge beanspruchte, sowie eine Hochnote von Anleihen des Reichs, der deutschen Bundesstaaten, der Provinzial- und Kommunalverbände rief eine Geldknappheit hervor, die eine Erhöhung des allgemeinen Zinsfußes zur Folge hatte und den Diskont der Reichsbank für längere Zeit auf 6 Proz. steigerte. Es ist ein Zeichen der gesunden Lage von Handel und Industrie, daß sie diese Teuerung des Geldes, die unter anderen Umständen geeignet gewesen wäre, bedeutende Wirkungen hervorzuweisen, ruhig hat ertragen können, und es ist ein erfreulicher Beweis für den stetig wachsenden Wohlstand, daß diese zahlreichen, eine immerhin doch mäßige Vermehrung getwährenden Anlagewerte zu allerdings etwas herabgesetzten Anleihen doch einen vollständigen Absatz in den Kreisen der Erparnis machenden Bevölkerung fanden. Die demnach die Gestaltung des Geldmarktes — die Reichsbank hat am 19. Dezember dieses Jahres den Diskont auf 7 Proz. erhöht — wird im wesentlichen von dem ferneren Verlaufe des in seinen Folgen noch gar nicht abzusehenden Krieges in Südafrika abhängig sein.“

Dagegen steht der gleichzeitig erschienene Jahresbericht des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller nicht so hoffnungsvoll in die Zukunft. Er wünscht dringend, daß die Periode des stürmischen Aufwärtstrebens bald durch eine Zeit ruhiger und besonnenen Festhaltung des Gewonnenen abgelöst werde, soll nicht ein verkänglerischer Umschlag die Folge sein.“

Gesundheit zur „Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten“. Hierüber wird der „Allg. Ztg.“ mitgeteilt:

Der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten welcher dem Bundesrat in Kürze zu gehen wird, weist einige Veränderungen gegen die im Januar 1894 beschlossene Fassung eines Reichsgesetzes auf. Dieses blieb im Reichstag stehen. Inzwischen sind namentlich die Erkrankungen und Todesfälle an Auszehr (Typhus) sowie infolge von Uebertragung von Pest in eingehender Weise studiert worden. Demgemäß wurde in dem neuen Entwurf ebenso die Ausdehnung der Anzeigepflicht auch auf jede Erkrankung und jeden Todesfall an Auszehr vorgesehen, wie eine Erweiterung des Kreises von Vorgehensregeln zum Schutze gegen die Uebertragung der Pest beantragt. Unter anderem sollen solche zur Verhütung und Fernhaltung von Ratten, Mäusen und anderem Ungeziefer angeordnet werden dürfen. Auch soll gutem Vernehmen nach der Bundesrat ermächtigt werden können, über die bei der Ausführung wissenschaftlicher Arbeiten mit Krankheitskegeln zu beobachtenden Vorsichtsmaßregeln sowie über den Verkehr mit Krankheitskegeln und deren Aufbewahrung Vorschriften zu erlassen. —

Inmitten wie im Westen. Soeben wurde von Soldaten exercien in Köln berichtet. Jetzt berichtet aus Insterburg die „Ost. Volksztg.“: Soldatenausstellungen größter Art sind hier in der Nacht des zweiten Weihnachtstages zwischen 11 und 12 Uhr in Insterburg vorgekommen. Fleischermeister Wöltcher und Restaurateur Matthäus hatten in Begleitung des Kaufmanns Gelds eine Schützenpartie gemacht. Kurz vor dem gemeinschaftlichen Endziele verparten ihnen in der Lindenstraße drei angetrunkene Soldaten den Weg. Auf den Ruf des P., den Weg freizugeben, antwortete einer der Soldaten mit einem Schabelhieb, der Schulter und Rücken traf. P. verfolgte den Angreifer mit der Peitsche, sofort aber waren auch die beiden anderen Soldaten zur Stelle, denen sich ein vierter zugesellte. Alle zusammen drangen darauf mit blanker Waffe auf den nahezu Besessenen ein, der einen Stich in die Seite, einen Stich in die Schulter und einen Hieb über den Kopf davonzuging. Ueber und über blutend, mit zerfetzten Ueberzieher schloßte darauf Herr Wöltcher in das Mattheus'sche Lokal, an dessen Eingang Matthäus, der gleichfalls abgestiegen war, während Gelds mit dem Schützen weiter gefahren war, sich aufgestellt hatte. Rummel stürzte sich die Soldaten auf Matthäus und verlegten ihm in seinem Hausflur nicht weniger als drei fürchtbare Schabelhiebe, die den starken Mann zu Boden warfen. Dann nahmen sie Matthäus. Von den ausgehenden Gästen verfolgt, gelang es, wenigstens einen der Lutschen zu ergreifen und der Polizeiwache zuzuführen. Es ist der Kanonier Pantel der 2. schreitenden Batterie des Feld-Artillerie-Regiments Nr. 1.

Einem weiteren Fall militärischer Ausbreitung meldet der „Berliner Zeitung“ ein Telegramm aus Bries. Dort wurden zwei Arbeiterinnen der Schürffing Fabrik, als sie aus dem

Kristlichen Vereinshaus über die Brunnstraße nach Hause gehen wollten, von einem Soldaten überfallen und ohne jede Veranlassung durch Schläge auf den Kopf mit einem Seitengewehr erheblich verletzt.

**Halle a. S., 28. Dezember. Zum Militärboykott.** Die wir schon gestern berichteten, sind die bürgerlichen Geschäftsleute sehr aufgeregt und ungehalten über das Vorgehen der Militärbehörde und man schimpft sich weidlich aus über die militärischen Herrschelüste und das rüchralose Benehmen der Brunnstraße- und der Stadtverwaltung. Jetzt liegt uns ein Verzeichnis verbotener Lokale der Garnison Halle a. S. mit 66 Geschäftslöcher, Restaurationen, Cigarrengeheimnissen, Bortoffhandlungen u. vor, welches den beurlaubten Militärpersonen mit der Verfügung, sich streng danach zu richten, eingehändigt wurde. Das Verzeichnis ist in der Druckerlei der Halleischen konservativen Zeitung angefertigt worden und die Soldaten müßten einen Reichspunkt für die Einhandlung einbringen. Der Polizeikommissar Behndemann beantragte einmal in einer ähnlichen Angelegenheit sechsmal sechs Wochen Haft, — damals allerdings gegen Socialdemokraten. Man versteht sich dahinter, daß die Militärbehörde den Boykott nicht öffentlich proklamiert. Der Boykott wird aber dadurch öffentlich, daß er weite Kreise, die nicht unter militärischer Kontrolle stehen, ergreift. Es wird beabsichtigt, gegen die Militärbehörde strafrechtlich vorzugehen. Greuterd ist es, daß einige Lokale, die früher von Socialdemokraten bewirtschaftet wurden und sich jetzt in dem Besitz königstreuer Männer befinden, heute ebenfalls noch boykottiert sind.

**Schreckensbilder aus dem Kasernenleben.** Ueber den Hergang eines blutigen Streites, dessen Schauplatz vor einigen Tagen die neue Infanterie-Kaserne in Saargemünd in Lothringen war, hat die angelegte Unternehmung das folgende ergeben: Eine Anzahl im zweiten Dienstjahre stehender Mannschaften hatte infolge der bekannten Heiberereien, wie sie fast bei allen Truppenteilen zwischen „alten Zeiten“ und dem jüngsten Jahrgang vorzukommen pflegen, einen nächtlichen Heberfall auf einen Rekruten geplant, um denselben einmal gehörig durchzuerzählen. Der Bedrohte hatte jedoch von dem Anschlag rechtzeitig Kenntnis erhalten und deshalb beim Schlafengehen sein Seitengewehr mit ins Bett genommen. Als nun die Angreifer des Nachts in die Stube traten und über den jungen Mann herfielen, rief dieser seine Waffe aus der Schilde und stieß sie in der Dunkelheit dem ihm zunächst Stehenden in die Brust, so daß dieser tödlich getroffen zusammenbrach. Bei dem sich darauf entwickelnden Handgemenge wurden noch mehrere der Beteiligten teils schwerer teils leicht verwundet. Der Fall gleicht in allen seinen Einzelheiten einer ebenso blutigen Affaire, die sich vor einiger Zeit in der Kaiser-Wilhelms-Kaserne zu Mülhausen i. E. abspielte, wo ein Gefreiter das Opfer eines willkürlichen nächtlichen Angriffes auf einen Rekruten wurde.

Esolche Vorkommnisse offenbaren die erzieherischen Wirkungen des heutigen Militärsystems.

**Die weiteren Maßnahmen sächsischer Eisenbahner.** über die wir am Donnerstag nach der „Leipziger Volkszeitung“ berichteten, erweisen sich, wie die „Sächs. Arb.-Ztg.“ feststellt, als nicht so umfangreich, wie gemeldet wurde. Allerdings wurde eine dementsprechende Kadenz in Dresden Isportiert, doch sind in Wirklichkeit nur noch zwei Leute entlassen worden, so daß nun im ganzen sechs Opfer des starken Mannes zu verzeichnen sind.

Ueber drei der Gemäßigten, Wendler, Steiner und Wittb, teilt die „Sächs. Arb.-Ztg.“ noch mit, daß sie agitatorenisch niemals aufgetreten sind, daß sie als Vertreter ihrer Kollegen in der Versammlung der Klassen in deren Interesse nicht mit Ueber, Gehalt und Unerschrockenheit wahrgenommen haben. Namentlich Wendler, der 21 Jahre im Staatsbahndienste stand, hat nach dieser Richtung eine bemerkenswerte Thätigkeit entfaltet und besonders auch in Einzelfällen Unterdrückungsbedürftigen stets mit Rat und That zur Seite gestanden. Noch vor wenigen Wochen erzwangen die Eisenbahner gegen den Willen der Verwaltung in der Generalversammlung der Pensionisten unter Führung der drei Gemäßigten eine Erhöhung des Rentenzufusses um 25 Proz. und des Wittwen- und Waisengeldes um 50 Proz. Man verfuhr kurz zuvor noch auf Wendler privatim einzuwirken, um diesen Beschluß zu verhindern, doch vergebens. Dabins hat sich Wendler bei der Verwaltung sehr unbeliebt gemacht und seit Jahren schon wurde ihm von wohlwollenden Dienstvergelegenheiten zur Vorwahl gerufen, da seine Entlassung drohe. Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ giebt deshalb der Vermutung Ausdruck, daß die Verwaltung die Gelegenheit der konservativen Interpellation beim Schopfe gefaßt hat, mit unbekannten Vertretern der Arbeiterinteressen los zu werden. In diese Darstellung richtig, dann erlaube ich die Verwaltung der sächsischen Staatsbahnen sicher nicht in besserem Lichte.

Zu klärend steht von diesem Verfahren das Verhalten der württembergischen Staatsbahn-Verwaltung ab. Wie die „Schwab. Tagblatt“ berichtet, sind am 26. Dezember in Gammstadt eine Konferenz der württembergischen Eisenbahnverwaltungen-Arbeiter statt, der außer den Abgeordneten der Socialdemokratie, der Volkspartei und des Centrums auch ein Vertreter der Staatsbahn-Verwaltung bewohnte. Es wurde über die Verhältnisse in den Eisenbahnverwaltungen, besonders über Löhne verhandelt und entsprechende Resolutionen gefaßt. Ein näherer Bericht liegt noch nicht vor. — Die württembergische Staatsbahn wird sicher keinen Schaden davon haben, daß sie mit ihren Arbeitern in sächsischer Weise korporativ verhandelt über die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse.

**Privilegierter Mord.** Aus Mülhausen i. E. wird uns aus der Duellkassette, über die wir bereits berichteten, noch geschrieben: Am Vorabend des Weihnachtsfestes fand hier ein Pistolenduell zwischen Offizieren des 4. badiischen Infanterie-Regiments Nr. 112 statt. Unterleutnant Schlabitz wurde dabei durch einen Schuß in die Brust auf dem Plage getödtet. Der Hergang der Affaire ist nach den Berichten der Tagesblätter der folgende: Drei Unterleutenants des genannten Regiments, die Herren Schlabitz, Aßlig und Ernst, sollen vor einiger Zeit im hiesigen Apollo-Theater, einer Variétébühne minderen Ranges, in einem Wortwechsel geraten sein, der schließlich in eine Schlägerei ausartete. Nach der einen Version war eine Sängerin oder Artistin, nach der anderen eine Spielaffäre die Ursache des Streites. Da die Herren dabei in Uniform waren, kam die Sache vor ein militärisches Ehrengericht, darauf zum Duell zwischen den Beteiligten, damit die verletzte Ehre wieder hergestellt werde. Der Beleidigte soll Unterleutnant Schlabitz gewesen sein. Dieser stellte folgende Bedingungen: Zweikampf mit Pistolen, bis zur vollständigen Kampfunfähigkeit des einen der Duellanten. Am Sonnabendnachmittag 2 Uhr wurde dieser Kampf ausgefochten, nach der einen Version im Lammenswald hinter dem Zoologischen Garten, nach der anderen auf dem Hobbheimer Exerzierplatz. Zuerst standen sich Schlabitz und Aßlig gegenüber; letzterer wurde in der linken Hand des rechten Fußes verwundet und war damit kampfunfähig. Nun kam die Reihe an Schlabitz und Ernst. Der letztere ist als der beste Schütze seines Regiments bekannt und schoß denn auch seinen Gegner über den Haufen. Die Kugel traf Schlabitz in die rechte Brustseite, durchbohrte die Schlagader und blieb dann im Körper stecken. Der Gefohrene brach sofort bewußlos zusammen und gab schon nach wenigen Minuten seinen Geist auf. Die Leiche wurde nach dem Militärlazarett gebracht und soll von dort aus nach München oder Landau überführt werden, wo der Vater des Ermordeten als Minister in Garnison steht. Obgleich von den Details der traurigen Affaire bei der bekannten Verschwiegenheit in derartigen militärischen Angelegenheiten nur wenig in die Öffentlichkeit dringt, so wird der Fall in allen Kreisen der Bevölkerung Mülhausens doch lebhaft diskutiert. Die Beurteilung des Zweikampfes ist angefaßt seiner schweren Folgen und des für denselben gewählten Zeitpunktes eine allgemeine.

Nach einer anderen Meldung war Lieutenant Ernst am Duell nicht beteiligt; Lieutenant Aßlig ist danach der Mörder von Schlabitz, mit dem er vorher eng befreundet war.

**Der dritte Band.** Betreffs des dritten Bandes von Bismarcks Memoiren verbreitet der Verleger die folgende Darstellung: Von einer Inhabung oder von einem Einspruch gegen den Druck kann schon deshalb keine Rede sein, weil das Manuskript des dritten Bandes der Memoiren sich in den Händen der Erben des Fürsten Bismarck befindet. Ebenso ist unzutreffend, wenn von einem Bericht der Verlagsabteilung von J. G. Cotta's Nachfolger mit dem Fürsten Bismarck und von einem bevorstehenden Prozeß gegen die Söhne Bismarck wegen Nichterschaltung dieses Berichtes gesprochen worden ist. Die Sache liegt so, daß das Erscheinen des dritten Bandes der Memoiren so lange nicht vor sich gehen kann, als die Erben, denen das Verfügungsrecht zuzicht, die Herausgabe für unzeitig halten.

Die Erben werden die Veröffentlichung so lange für unzeitgemäß halten, als der dritte Band ihnen ein Interfund für die Hofmusik ist, mag diese nun aufrichtig oder nur notgedrungen sein.

**Kronenorden vierter Klasse.** Seine Majestät der Kaiser hat dem Ober-Postassistenten Gustav Stodmann, dem tüchtigen und verdienstvollen Vorsitzenden des Deutschen Bürgervereins Kreuzberg, aus Anlaß seiner langjährigen erprießlichen Thätigkeit in öffentlichen Angelegenheiten, den königlichen Kronenorden vierter Klasse verliehen.

So meldet die „Kreuz-Zeitung“. Der also beglückte Ober-Postassistent ist Herr Stodmann, der bei den Reichstagswahlen von 1893 im zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreise als Kandidat der konservativen Partei aufgestellt war, bei der Nachwahl allerdings nicht mehr, da er den höheren Beamten konservativen Standes in der Potsdamer Vorstadt als Staatswürdenträger zu gering erschien.

Aus der in der „Kreuz-Zeitung“ mitgetheilten Begründung der Ordensverleihung ersieht man, daß der Regierung, die die Ordensverleihung empfohlen hat, sehr viel an der Gunst der Berliner Konservativ-Parteiemiten, welcher Richtung etwa Stodmann angehört, gelegen ist. Das ist angefaßt der Bedeutungs- und Ansehnlichkeit dieser Richtung zu verwundern.

**Polenpolitik.** Der Draht meldet, sämtliche Post- und Ober-Postassistenten polnischer Nationalität in der Provinz Posen würden am 1. April des nächsten Jahres nach West- und Mitteldeutschland versetzt werden.

**Die unsfähigen Geheimräte.** Die „Deutsche Revue“ veröffentlicht Briefe Bismarcks an den Minister Friedrich Eulenburg. In einem besäwert er sich ingrimmig über die Unsäufigkeit der Beamten des Ministers:

Sie haben von allen Ministern den Vorrang in der Unsäufigkeit der Räte, mit denen Sie arbeiten, wobei alleseitig Ihr Vetter, als exceptio, qua firmat regulam (als Ausnahme, die die Regel bestärkt), ausgenommen wird. Der oberste bald Präsident werden, wenn er nicht verstimmen soll. Sie haben an der Spitze die absolute Unsäufigkeit, und es ist meines Erachtens Ihre Pflicht, dafür zu sorgen, daß Sie Urlaub oder Anwesenheit haben können, ohne daß der Staat unter Ihrer Vertretung leidet. Außerdem bedürfen Sie, und wenn Sie der fleißigste Mann von der Welt wären, in Ihrem Ministerium, für jetzt dem wichtigsten von allen, anderer produktiver Kapazitäten in größerer Anzahl als Sie vorhanden sind. Im Publikum begreift niemand, wie ein so langer Minister es aushält, mit solchen — vollenden Sie selbst, der Platz fehlt. Ihr v. S.

Herr v. Frege würde den Kanzler mit der Vermutung zurechtweisen, daß er nur objektive Ansaft und objektive Unsäufigkeit gemeint hat.

**Die „Wacht am Rhein“** hat endlich angedrungen. So besittelt sich nämlich das „Organ des Arbeiterverbandes von Rhein und Ruhr“, das in der Weihnachtsnummer ihren Heimgang liebevoll ankündigt: Wir fallen nicht bezieht durch die Gegner, sondern als Träger der geistigen Fahne des Arbeiterverbandes von Rhein und Ruhr, durch die allzu schwache Unterstützung der zur Mithilfe und Arbeit zunächst Verpflichteten.

Das Schicksal der „Wacht am Rhein“ zeigt im Kleinen, wie es im allgemeinen mit dem neudeutschen Patriotismus bestellt ist. Er spreizt sich, wo er Geld zu verdienen hofft, er zieht sich aber eilig zurück, wo er Geld zahlen soll. Die „Wacht am Rhein“ ist nicht das erste und das letzte watersündliche Unternehmen, das an schmöder Weise verfährt. Nichter mindere Beispielhaft die Kosten dieser Abenteuerer tragen, kein einziges Kriegsschiff ließe mehr vom Stapel.

**Gustav Fäger.** Der Ulmer Rechtsanwält, früherer Landgerichtsrat Gustav Fäger, ist in Ulm an Herzschlag gestorben. Er ist bekannt geworden durch seine freiwillige Kritik der württembergischen Justiz, die er in seiner Broschüre „Billigkeit“ getheilt, und durch die Wahrgelung, die ihm der Justizminister Haber daraufhin zu teil werden ließ.

**Deutsch-englischer Geheimvertrag.** Der „Reichs-Anzeiger“ erklärt:

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ fährt gegenüber dem von „B. T. V.“ verbreiteten Dementis fort, mit seinen Mitteilungen über den angeblichen Inhalt des deutsch-englischen Vertrages Klänge zu machen. Wir sind zu der Erklärung erwächtigt, daß diese Angaben auf dreifacher und ungeheurer Erfindung beruhen.

Seit der Ablegung der Flottenvorlage haben offiziöse Dementis niedrigen Kurs.

### Ausland.

#### Cestreich-Ungarn.

**Wien, 29. Dezember.** Der „Neuen Freien Presse“ zufolge soll die deutsch-österreichische Verständigungskonferenz, wenn die in Prag zu führenden Vorbesprechungen günstig ablaufen, in der zweiten Hälfte des Jahres zusammenzutreten.

**Prag, 29. Dezember.** In Landtage drückte der Oberst-Landmarschall seine Befriedigung über das Erscheinen der deutschen Abgeordneten aus und gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß dies der erste Schritt zur Beilegung der bisherigen Hindernisse sein werde und daß die Möglichkeit fruchtbarer Arbeit der Vertreter beider Stämme nicht ausgeschlossen sei und so der Beweis geliefert werde, daß es doch möglich sei, daß beide Nationalitäten sich am Gebiete nützlicher Arbeit zum Vorteil des Landes zusammenfinden.

#### Schweiz.

**Bern, 27. Dezember.** (Fig. Ber.) Die Bundesversammlung hat am Sonntag ihre dreiwöchige Winteression geschlossen und sie wird erst wieder am 19. März 1900 zur Frühjahressession zusammenzutreten. Aus den Verhandlungen der geschlossenen Session ist noch einiges Wichtigere, so namentlich die Durchberatung des Gesetzes betreffend die Arbeitszeit bei den Transporantialen nachzutragen. Es wurde beschlossen, die Dauer der Dienstbereitschaft für das Lokomotiv- und Zugpersonal, sowie für das mit der Zugabfertigung und dem Rangierdienst betraute Personal der Hauptbahnen und Hauptbahnhöfe, sowie für die Bahnwärterinnen auf 14 und für alles übrige Personal auf 15 Stunden festzusetzen. Die Nachtzeit wurde auf 11 Uhr abends bis 4 Uhr morgens festgesetzt und für Frauen, abgesehen von den Telephonistinnen, ganz verboten. Derselbe Angelegenheit darf nur an 14 Tagen innerhalb eines Monats dazu herangezogen werden und ferner soll ein Zeitzuschlag von 25 Proz. in der Dienstentlohnung berechnet werden. Den Beamten, Angestellten und Arbeitern sind im Jahre, aus-

gemessen verteilt, 52 Ruhetage einzuräumen, wovon jedesfalls 17 auf den Sonntag fallen sollen. Die Ruhetage sollen mindestens 32 Stunden umfassen. Sie müssen jeweils mit einer Nachtragsendigen und sollen auf Wohnorte zu gebracht werden können. In Berücksichtigung der vorausgegangenen und der nachfolgenden Arbeitszeit kann eine angemessene Herabsetzung der 32stündigen Ruhezeit bewilligt werden. Das Lokomotiv- und Zugpersonal der Hauptbahnen, sowie das mit dem Zug-Expeditionsdienst und dem Rangierdienst betraute Personal in Bahnhöfen solcher Bahnen hat ebenfalls von Beginn des nächsten Dienstjahres an, das übrige Personal vom ersten Dienstjahre an Anspruch auf acht Tage Urlaub im Jahre. Sämtliche sonstigen Beamten, Angestellten und Arbeiter der Transporantialen haben Anspruch darauf, daß ihnen von den 52 jährlichen Ruhetagen mindestens acht Tage als zusammenhängender Urlaub gewährt werden. Das Gesetz, das nun auch noch den Standesamt zu passieren hat, der darauf aber wahrscheinlich keine wesentliche Veränderung vornehmen wird, bringt dem Personal der Transporantialen einige, schon längst geforderte Verbesserungen, aber den Jahrsruhetag und eine erheblich längere Dauer der Bereitschaft enthält es noch nicht, so daß es auch ferner noch Verbesserungsbedürftig bleibt. Die bisherige zwölfstündige Dienstzeit des Lokomotiv- u. Personal ist auf elf Stunden reduziert, eine künftige Revision des Gesetzes führt dann vielleicht zum Jahrsruhetag. Das jetzt bestehende Ansetzungsrecht, wie es der Kürze wegen genannt wird, datiert aus dem Jahre 1890. Zur Ueberwindung des Gesetzes befindet bereits ein Juridikator mit zwei Beamten, mit dessen Thätigkeit die Eisenbahner nicht recht zufrieden sind. Das neue Gesetz führt nun eine weitere Kontrolle in Gestalt von Tagebüchern ein, die das Personal selbst zu führen hat, indem jeder einzelne in sein Buch seine tägliche Arbeits- und Anwesenheit einträgt. Diese neue Art von Kontrolle ist ein Versuch, von dem erst die Praxis zeigen muß, ob er zum Ziele führt.

Die Motion Joss auf Einführung einer Bundessteuer, die nach dessen Berechnung 6 400 000 Fr. jährlich ergeben sollte, wurde vom Finanzminister Bundesrat Hauser belächelt und mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt. — Einblühendes Geschichtsbuch die Bundesversammlung den Bundesräten, indem sie deren Jahresgehälter von 12 000 auf 15 000 Frs. und das Gehalt des Bundespräsidenten von 18 500 auf 16 500 Frs. erhöhte. Durch diese Beförderungserhöhungen hofft man der Flucht der Bundesräte wegen zu geringer Gehälter einigermaßen vorbeugen zu können. — Mit dem 31. Bundesrat Drog ist der Vater der Bundesanwaltschaft und der politischen Polizei sowie der Ueber der Ausweisung der vier Stöttinger Genossen gestorben. Er mag dabei von sehr patriotischen Beweggründen geleitet worden sein, allein Bismarck sagte belächelnd später, „die Schweizer haben sich damals zu viel gefordert.“

**Zürich, 27. Dezember.** (Fig. Ber.) Die Zahl der Mitglieder des Züricher Obergerichts ist von 9 auf 12 erhöht worden und von den drei neuen Stellen beantragte die socialdemokratische Partei auch eine für sich. Es wurde hierfür Genosse Bezirksrichter Otto Lang aufgestellt, allein die Mehrheit des Kantonsrates vermochte sich nicht auf die Höhe ihrer Aufgabe zu erheben, sie wählte 8 der irdigen mit je 66 Stimmen, während Lang nur 74 erhielt. Immerhin ist er damit bereits angemeldet und wird er vielleicht bei einer nächsten Bilanz ins Obergericht gewählt. — Der Große Stadtrat von Zürich stimmte ohne Diskussion einem von socialdemokratischer Seite gestellten Postulate zu auf Anstellung einer Inspektion zur Ueberwachung des Arbeiterinnen-Arbeit-Gehaltes, der geistlichen Vorrichtungen zum Schutze des weiblichen Wirtschaftspersonals und der Kontrolle der Placierungsbureaus.

#### Frankreich.

**Paris, 29. Dezember.** Nach Beendigung einer gestern abend stattgefundenen nationalen Versammlung, in welcher eine Protesterklärung gegen die Verurteilung Dronalds beschlossen wurde, kam es auf der Straße zu lärmenden Ausgebungen, in deren Verlauf 15 Ruhestörer verhaftet wurden.

#### Italien.

**Vom Papste.** Wie nachträglich bekannt wird, äußerte der Papst nach Eröffnung des heiligen Jahres zu seiner Umgebung die lateinische Bibelworte: „non amittis seruum tuum, dominus“ („Herr, nun läßtst Du Deinen Diener in Frieden fahren“). Seine Lebensaufgabe sei beendet, und er sei bereit, die Diara seinem Nachfolger abzutreten, der im Verhältnisse zu ihm noch jung an Jahren sei und neue Triumphe der Kirche erleben werde. Dabei nannte Papst Leo den Namen des Kardinals Gotti.

#### Rußland.

**Verhaftungen.** In den letzten Tagen wurden in Charkow von der Polizei viele Verhaftungen vorgenommen: Terebojew und Djelow (Studenten), Saitowegh, Kladow, Kudejew, Trutowskaja, 2 Feldbesitzerinnen Bogomilskowa, Schchamajna (Privatschreiber), Juba Rabinowitsch (Arbeiterin), 1 Sezer, 1 Schlosser, eine Anzahl Schneider, Schuhmacher, Modistinnen und Arbeiter der Schachtelfabrik. Bei Rabinowitsch und Schchamajna fand man socialistische Literatur und einen Heftographen.

In Warschau wurden Anfang Dezember 3 jüdische Arbeiter verhaftet. Am 9. Dezember wurden 6 Polinnen, 1 Jidin und 2 Juden verhaftet, bei welchen man illegale Literatur fand.

In Ojelsk wurden zwei jüdische Arbeiter und eine Arbeiterin verhaftet.

**Vollständige Russifizierung Finnlands.** Helsingfors, 28. Dezember. Nach einer Meldung des hiesigen Statens-Afforsposten wurde der Generalgouverneur bei dem Kaiser Nikolaus dahin vorstellig, daß in der neuen Verheerordnung dem Generalgouverneur das Recht vorbehalten bleibe, eventuell den Chef-Redacteur einer Zeitung abzusetzen, falls die Zeitung zu suspensieren. Der Kaiser genehmigte das Ansuchen des Generalgouverneurs, daß öffentliche Vorträge und Neben nur nach spezieller Erlaubnis in jedem einzelnen Falle gehalten werden dürfen. Dem Senat wurde der Auftrag erteilt, einen Gesetzentwurf zur Befestigung der betreffenden Strafbestimmungen anzuhandeln.

#### Türkei.

**Konstantinopel, 29. Dezember.** In Izbra ist die Ruhe wieder hergestellt. Der neu ernannte Gerichtshof, welcher infolge der Unruhen gebildet worden war, ist wieder aufgelöst worden.

#### Perien.

**Eisenbahnbauten in Persien.** Den „Times“ wird aus Teheran vom 28. d. M. telegraphiert: Die persische Regierung stellt in Abrede, daß sie Eisenbahnkonzessionen erteilt habe oder erteilen werde; jedoch sind russische Ingenieure in Afsara, die die Fortsetzung der Eisenbahnlinie Petrowski—Afsara bis Caschi anarbeiten; andere arbeiten in Afsara an dem Projekt einer Verbindung der Tiflis- und Kasch-Güterbahn; möglicherweise wird die Bahnlinie bis Kermanschah verlängert. Auch in Meshed sind Ingenieure thätig, die eine Verbindung mit der Transkaspiischen Bahn projektieren. — In den ersten Tagen des April will der Schah eine Reise nach Europa unternehmen.

#### Amerika.

**Friedensvorschläge zur Beilegung des Krieges auf den Philippinen** sollen, wie telegraphisch gemeldet wird, von den Philippinen nach Amerika gebracht werden. Die Aabeldeutsche lauter:

New York, 29. Dezember. Einer Depesche des „Journal“ aus Philadelphia zufolge, befinden sich drei Abgeordnete des Kongresses der Philippinen auf dem Wege nach Washington, um Friedensvorschläge zu überbringen. Wie diese Abgesandten sagen, haben sie ihre Instruktionen erhalten, ohne daß Aguinaldo, der keinen Einfluß mehr habe, vorher befragt

worden wäre. Der Krieg, sagen sie weiter, werde fort dauern, wenn die amerikanische Regierung nicht ihre Vorschläge annehmen würde.

Die Befestigung dieser amerikanischen Zeitungsdepesche bleibt natürlich abzuwarten.

## Parlamentarisches.

Die Eröffnung des Landtages wird am 9. Januar, mittags 12 Uhr, im Weißen Saal des königlichen Schlosses im Auftrage des Kaisers durch den Ministerpräsidenten Fürsten Hohenlohe erfolgen. Die erste Sitzung des Abgeordnetenhauses, zur Feststellung der Beschlußfähigkeit, wird um 1 Uhr stattfinden. Am Mittwoch, 10. Januar, erfolgt zunächst die Konstituierung des Hauses. Abends wird in die Tagesordnung eingetreten: Entgegennahme von Mitteilungen der Staatsregierung. Der Finanzminister v. Mikael wird dem Kaiser den Etat überreichen und dabei die mit Spannung erwartete große Rede halten. Auch das Herrenhaus wird gleich nach der Eröffnung zu einer Sitzung zusammentreten.

## Die belgischen Arbeiter-Kongresse.

Brüssel, den 27. Dezember 1899.

Unsere schlafmühtigen Bourgeois sind ganz erstaunt über die Megalomanie der Sozialisten. Auf Weihnachten ein Gewerkschaftskongress und ein Kongress über die Landfrage. Und das unmittelbar vor dem Allgemeinen Parteikongress, der am 14. Januar in Lüttel oder in Lüttich tagen wird. Ich weiß nicht, ob mit Ausnahme von Ungarn bisher irgendwo rein ländliche oder bäuerliche Kongresse abgehalten worden sind. Der soeben abgehaltene ist der dritte in Belgien, und gegenüber dem ersten Kongress bedeutet er einen großen Fortschritt. In dem ersten besetzte ich viele Genossen vom guten Willen jedoch wenig Verständnis dessen, was für die Gewinnung der Landbesitzverhältnisse, viele Schwärmer, Industrie-Arbeiter, kurz, viele Leute, denen es schwer gewesen wäre, eine Roggenähre von einer Gerstenähre zu unterscheiden. Jetzt ist das alles ganz anders. Keunzig Prozent der Kongress-Teilnehmer sind Bauern, Landarbeiter und, wenn Theoretiker, wenigstens Söhne von Bauern und mit den ländlichen Verhältnissen vertraut.

Der Kongress hat zunächst beschlossen, von den ländlichen Gemeinderäten, in denen die Sozialisten und Demokraten die Mehrheit haben, zu verlangen, daß Ackerbau-Geräte und Maschinen von der Gemeinde angekauft und den Bauern zur Verfügung gestellt werden. Dem so gegebenen Beispiel werden jedenfalls die ländlichen Gemeinderäte in den bäuerlichen Landstrichen bald folgen. Denn die Bauern sind praktische Leute und verstehen sich auf ihren Vorteil. So wird der Gedanke des Kollektivgenossenschafts in den „antikollektivistischen Bauernschädel“ hineingebracht.

Der zweite Punkt, der verhandelt wurde, ist die Gründung von Konsumgenossenschaften, sogenannten „socialistischen Inseln“ auf dem Lande. Die socialistische Konsumgenossenschaft „Maison du Peuple“ in Brüssel zum Beispiel umfaßt 12000 Familien, die regelmäßig ihre Bedürfnisse aus den Magazinen der Genossenschaft decken. Es sind ganz beträchtliche Mengen von landwirtschaftlichen Produkten, wie Eier, Speck, Schinken, Kartoffeln, Gemüse etc., welche von diesen Genossenschaften verbraucht werden. Nun gut! Die socialdemokratischen Bauern, die in den reaktionären Provinzen von Luxemburg, Flandern usw. zerstreut wohnen, errichten unter sich ein Comptoir für Ein- und Verkauf; die Sozialisten auf dem platten Lande und die Genossenschaften geben den landwirtschaftlichen Produkten dieser Parteigenossen den Vorzug und so werden diese unabhängig in und von ihrer Umgebung. Das Feld ihrer Agitationsfähigkeit wird damit erweitert, sie gewinnen an Einfluß bei den Bauern sowohl als auch bei den Landarbeitern. Die socialistische „Insel“ vergrößert sich, es werden neue Stützpunkte geschaffen, und wenn ich in zwei oder drei Jahren von den Fortschritten des Socialismus auf dem Lande zu melden haben werde, dürfen die Beschlüsse des Kongresses von 1899 nicht unerwähnt bleiben, denn diese bereiten den Sieg des Socialismus auf dem Lande vor.

Die belgischen Sozialisten hüten sich wohl, ihren deutschen Genossen ausdringliche Ratschläge erteilen zu wollen, so viel aber möchte ich doch sagen, daß wir die Debatten und Beschlüsse von Hannover begrüßen als eine Erweiterung des Arztes professioneller Betätigung, wie sie die Sozialisten Belgiens zur Basis für ihr Vorgehen genommen haben.

Die Gewerkschaftskommission, die ganz nach dem deutschen Muster der „Generalkommission“ geschaffen ist, hatte den außerordentlichen Gewerkschaftskongress auf Anregung des Generalrats der Partei einberufen. Die wichtigsten Beschlüsse des Kongresses habe ich in meinen Berichten bereits bekannt gegeben.

Hier noch einiges über die besonders praktische Art, wie den Verhandlungen vorgegangen ist. Die Kommission ist zusammengesetzt aus Delegierten aller Berufsgruppen. Sie hatte zunächst die dringendsten Fragen auszuwählen und sie vorzubereiten. Die Kommission hatte hierzu Hochmänner für alle Fragen mit herangezogen und sich das ganze einschlägige Material beschafft. Sodann war jeder Delegierte gehalten, die Materie nochmals in seiner Gruppe zur Beratung zu bringen, so daß alle Zweigorganisationen teilgenommen haben an den Untersuchungen und Studien der einzelnen Fragen. Hierauf ist die Kommission von neuem zusammengesetzt und hat das ganze Material nochmals durchgesehen. Das Resultat ist dann in Form von Resolutionen und Entwürfen dem Kongress unterbreitet worden. Diese Vorarbeiten ersparten viel Fleiß und Arbeit; der Genosse A. Octors, der Sekretär der Kommission, hat die schwere Aufgabe in der besten Weise gelöst.

Die dem Kongress unterbreiteten Beschlüsse und Anträge sind dem alle — und zwar fast ohne Abänderungen — von den 487 Delegierten, die zusammen 318 Gruppen vertraten, angenommen worden. So erklärt es sich auch, daß Anträge, deren Annahme vor einigen Jahren ganz ausgeschlossen gewesen wäre, wie z. B. die Erhöhung der Beiträge auf 1 Franc pro Woche, sodann die Erziehung von Arbeiterssekretariaten, begeistert Annahme fanden.

Ein weiteres Zeichen der Besserung: Nicht die Phrasen wurden applaudiert; sie werden überhaupt immer seltener; den meisten Beifall fanden die Reden, in denen Selbstkritik geübt wurde. „Wir müssen uns mehr anstrengen, um aus unserer Unwissenheit und Anekdoten heraus zu kommen; wir müssen unsere Denkkraft entwickeln und unsere Organisation verbessern“ — das war der Refrain vieler Reden.

Diese Selbstkritik, die immer vorantritt, ist bemerkenswert, und macht dem Proletariat alle Ehre. Und — den Eindruck habe nicht ich allein, sondern alle, die dem Kongress nicht als direkt Beteteiligte beigewohnt haben — die Delegierten haben nicht nur für die Beschlüsse gestimmt, sie werden sie auch zur Ausführung bringen. Wenn ich über den nächsten Kongress berichten wird diese Ansicht sich hoffentlich bestätigen lassen.

## 5. Verbandstag des Verbandes der vereinigten Dachdecker und verwandter Berufsge nossen Deutschlands.

Magdeburg, den 28. Dezember 1899.

Die gestern ernannte Kommission erstattet durch Heinecke Bericht über ihre Verhandlungen, betreffend die Abänderung des Streikreglements. In den meisten Punkten sei eine Verständigung erzielt worden, da die Kommission bemerkt war, nur die im Laufe der Zeit inhaltlich zu Tage getretenen Mängel zu beseitigen.

Die vorgeschlagenen Änderungen sind im allgemeinen nur unbedeutender Natur und gelangen mit unbedeutenden Änderungen zur Annahme.

Der Bericht des Centralvorstandes vom 1. Januar 1899 bis 31. Oktober 1899 liegt gedruckt vor. Nach demselben ist die Zahl der Filialen von 86 auf 98, die Zahl der Mitglieder von 2137 auf 3066 gestiegen. Die Centralkasse hatte eine Einnahme und Ausgabe von ca. 1800 bis 2000 Mark pro Quartal. Der Centralvorstand hat auf allen Gebieten gemeinschaftlicher Tätigkeit nach Kräften anregend gewirkt, so in der Agitation, in den Lohnkämpfen, in dem Kampfe um besseren Banarbeiterschutz, in der Centralisierung der Reise-Unterstützung, in der Förderung des Arbeitsnachweises und im Rechtschutz. Als ganz besonders hemmend erweist sich der Umstand, daß der Verband keinen besoldeten Beamten und keine feste Einnahme hat. Seine Ausgaben verteilt der Centralvorstand vielmehr auf die einzelnen Mitgliedschaften nach deren Kopfzahl und erhebt das Geld jedes Vierteljahr. Ein ganz besonders arges Schmerzenskind war die Agitations-Kommission. Dieselbe hat ihren Sitz in München und konnte deshalb nicht recht mit dem Centralvorstand in Frankfurt am Main Hand in Hand arbeiten.

Es folgen nun die Berichte des Ausschusses, der Prehenkommission und der Agitationskommission.

(Nachmittags-Sitzung.)

Der Antrag, das Fachorgan, das monatlich zweimal erscheint, jede Woche herauszugeben, wird abgelehnt. Das Blatt soll in derselben Weise wie bisher erscheinen und redigiert werden.

Die hierauf behandelte Frage „Beitragsrückzahlung“ ist die wichtigste der ganzen Tagesordnung. Der Referent Thomas-Vielefeld weist ausführlich nach, daß der Verband mehr leisten müsse. Um dies zu können, sei eine Erhöhung der Beiträge unvermeidlich. Jetzt werden pro Woche 20 Pfennig gezahlt, aber nur während der 30 Wochen des flatternden Geschäftsganges. Außerdem werden jedes Vierteljahr je 10 Pfennig zur Agitation und Streikunterstützung entrichtet. Mit diesen geringen Beiträgen könne unmöglich das gefordert werden, was wir von unserem Verband verlangen müssen. Ueber diese Frage habe ich bereits im Fachorgan eine eingehende Debatte abgeleitet. Die hierbei gegen die Erhöhung der Beiträge vorgebrachten Einwendungen seien durchaus nicht stichhaltig. Haben die Kollegen das richtige Verständnis für den Nutzen unseres Verbandes, so sind sie durchaus fähig, die erhöhten Beiträge zu zahlen. Auch die Erfahrungen in den anderen Gewerkschaften bestätigen dies. Auf der anderen Seite schließen sich die Baugewerksmeister immer enger zusammen und planen nichts weniger, als unsere Organisationen zu vernichten. Da heißt es doch, sich beizeiten besser zu rüsten. Ohne höhere Beiträge jedoch kann der Verband auch dem besten Willen nicht mehr leisten. Er empfiehlt daher, die Beiträge auf 25 Pf. pro Woche zu erhöhen und diesen Beitrag das ganze Jahr hindurch zu erheben.

## Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Lohnkommission der Bäcker hat gestern mit Herrn Sobel wegen Verlegung der Differenzen verhandelt, eine Verständigung aber nicht erzielen können. Herr Sobel erklärte sich zwar bereit, die zwei zuerst Genahmten wieder einzustellen, nicht aber diejenigen, welche sich mit den beiden solidarisch erklärt und gekündigt hatten. Daraus konnte die Lohnkommission nicht eingehen, sie brach die Verhandlungen ab und verbandte die Sperrstreik über die Firma.

Der Vertrauensmann.

Achtung, Astenmacher! Den Kollegen und Holzarbeitern zur Erinnerung, daß der Streik in der Astenfabrik von Drehsel, Dammstr. 22 unverändert fort dauert. Deshalb ersuchen wir, nach wie vor den Zugang nach obengenannter Fabrik fernzuhalten. Die Lohnkommission.

Achtung, Textilarbeiter! Der Streik bei der Firma Feiblich ist infolge einer Unterhandlung der Streikenden mit Herrn Feiblich nach einer Dauer von 14 Wochen unter Zustimmung des Central- und Filial-Vorstandes für beendet erklärt worden.

Kollegen und Kolleginnen! Die Opfer, die Ihr während der Dauer des Streiks gebracht habt, müssen als Muster der Opferwilligkeit bezeichnet werden. Doch auch die Streikenden haben Opfer gebracht und da noch 17 Personen zu unterstützen sind, so bitten wir, die Sammlungen noch einige Wochen fortzusetzen. Der Vorstand.

Bananschläger. Die öffentliche Versammlung findet nicht, wie es im gestrigen Versammlungsbericht heißt, am 3. Januar, sondern am 2. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr statt.

Deutsches Reich.

Zur Einreichung der Mitgliederlisten des Metallarbeiter-Verbandes wurde dessen Vertrauensmann in Riesa vom dortigen Stadtrat aufgefordert. Da er dieser Aufforderung nicht nachkam, wurde er in Strafe genommen und auf Antrag erkannte das Schöffengericht auf 50 M. Geldstrafe. Das Landgericht wird angerufen werden, wird aber vermutlich nicht anders entscheiden.

Der Metallarbeiter-Verband, dessen Sitz in Stuttgart ist, hat in Riesa wie überhaupt in Sachsen ebensowenig eine selbständige Vereinsorganisation wie die übrigen Centralverbände, vielmehr sind die dortigen Mitglieder Einzelmitglieder, und der Bevollmächtigte ist nur vom Hauptvorstande ernannt, um die Beiträge zu sammeln. Das Gericht sieht nach der „Sächs. Arb.-Ztg.“ eine Sonderorganisation deswegen als vorhanden an, weil öffentliche Versammlungen der Mitglieder abgehalten wurden, in denen man sich mit Beitragsrückzahlungen beschäftigte und den Bevollmächtigten gewählt (vorgeschlagen) habe.

Nach dem Grundlag: „Wo ein Wille ist, da ist ein Weg“ wird man auch aus jeder anderen Betätigung der Mitglieder des Verbandes beweisen, daß sie einen Verein bilden, um so mehr, als das sächsische Vereinsgesetz jede Bedeutung darüber unterläßt, unter welchen Umständen eine Personenmehrheit als Verein anzusehen ist. Die Sachen haben dafür schon mehr als einen Beweis geliefert. Die sächsischen Gewerkschaftler sollten lieber die möglichen Nachteile der Bismarckreichung, die meist sehr bald überwunden werden und — soll das Koalitionsrecht zur Wahrheit werden — auch überwunden werden müssen, in Kauf nehmen und dafür die Vorteile einer formellen Vereinsbildung, die nach Aufhebung des Verbindungsverbotes nicht zu untergehen sind, einstehen. Bei der gegenwärtigen Form schweben sie immer in Gefahr, aus Formgründen mit dem Staatsanwalt zu kollidieren und nicht nur der Bestrafung zu verfallen, sondern auch an jeder Thätigkeit verhindert zu werden.

Ausland.

Der Streik der Vergarbeiter in St. Etienne hat in den letzten zwei Tagen weitere Ausdehnung genommen, so daß er sich jetzt auf fast den ganzen Kohlenboden der Loire erstreckt. Es macht sich bereits Kohlenmangel bemerkbar, so daß einige Hüttenwerke genötigt waren, den Betrieb einzustellen. Indes ist Hoffnung vorhanden, daß der Ausstand bald beendet sein werde, da die Direktionen der Gesellschaften eingewilligt haben, die Streitfragen einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

## Aus der Frauenbewegung.

Die Anstellung einer Inspektora zur Überwachung des Arbeiterinnen-Gesetzes, der gesetzlichen Vorschriften zum Schutze des weiblichen Berufspersonals, sowie der Placierungsbureaus ist auf Anregung von socialdemokratischer Seite hin vom Großen Stadtrat in Jülich beschlossen worden.

## Sociales.

Vom Ausschusse der deutschen Ärztekammern wird an Bundesrat und Reichstag eine Denkschrift gerichtet werden, in der dargelegt wird, was nach der Anschauung der deutschen Ärzte an dem Krankenversicherungs-Gesetz zu ändern ist. Als Unterlage für diese Denkschrift dienen die Beschlüsse und Verhandlungen des letzten deutschen Ärzteskongresses in Dresden. Die beiden Kernforderungen, die dort in Hinsicht auf eine Änderung des Krankenversicherungs-Gesetzes gestellt wurden, lauten: Gesetzliche Einführung der freien Arztwahl und Bezahlung der lasserärztlichen Leistungen nach den Mindestsätzen der Gebührenordnung für Ärzte.

Die Plenarversammlung des fünfjährlich gesümmten sächsischen Landes-Medizinalkollegiums hat sich gegen die Einführung der freien Arztwahl ausgesprochen.

Die Hanseatische Invalidenversicherungs-Anstalt hat im Geschäftsjahre 1898 für Uebernahme des Heilverfahrens bei Versicherten 200 000 M. netto aufgewendet, während für Renten 865 000 M. ausgegeben wurden. Das Heilverfahren wurde für 831 Personen übernommen. Die Kapitalbestände der Anstalt standen am Schlusse des Berichtsjahres mit rund 24,7 Millionen Mark zu Buch. Zur Förderung der Befreiungen auf Errichtung billiger und guter Arbeiterwohnungen waren 354 000 Mark ausgegeben.

## Der Krieg.

Vom östlichen Kriegsschauplatz werden weitere Zusammenstöße und Gefechte, wenn auch keine von irgend welcher einschneidender Wirkung, gemeldet. Aus Chievoleh in Katal berichtet ein Reuter-Telegramm vom 27. Dezember: Die schweren Geschütze traten heute früh in Thätigkeit, als man sah, daß der Feind an dem weiteren Ausbau seiner Verschanzungen arbeitete. Das Granatfeuer zwang die Boeren zum Zurückgehen und letztere flüchteten über die Berge hinweg. Als später wieder keine Truppen des Feindes erschienen, wurden sie wieder unter Feuer genommen. Den ganzen Vormittag über bombardirte der Lange Tom vom Zimbulwana-Berge aus Ladysmith, die britische Garnison antwortete jedoch nicht. Englische Patrouillen sahen, daß der Feind auf dem linken Flügel in besonders großer Zahl stand.

Die Boerenstellung bei Colenso.

London, 29. Dezember. (Voss. Zig.) Aus Pietermaritzburg wird der „Daily Mail“ vom 28. Dezember gemeldet: Jeder Tag enthält eine neue Thatfache hinsichtlich der Stärke der Boerenstellung bei Colenso. Dank den Diensten kontinentaler Offiziere hat sich der Charakter des Feldzuges geändert. Wir bekämpfen nicht länger den Feind, der sich auf seine Guerilla-taktik verläßt, wir haben es mit einer Armee zu thun, die reich disciplinirt wird, das Land kennt, die Aunspflanzung wählt und wenig oder gar kein Gepäck hat. Die Boeren haben die Hügel umweit Colenso in Festungen von ungeheurer Stärke herabgebaut, sie haben allenthalben prächtige Laufgräben, von denen viele bombensicher sind. Die Hauptstellungen sind durch unterirdische Gänge miteinander verbunden und Pferdebahnen ermöglichen die rasche Bewegung der schweren Geschütze von Punkt zu Punkt.

Im Westen.

Vom Modderflusse melbet der Berichterstatter der „Morning Post“, Kavallerie und reitende Artillerie unter General Vabington unternahm am 27. Dezember eine Reconoscierung in westlicher Richtung. Es wurde ermittelt, daß die Boerenstellung so ausgedehnt sei, daß eine Umgebungsbeziehung nach Westen infolge der großen Entfernung, die in einer rauen Gegend ohne Wasser zurückgelegt werden müßte, fast unmöglich sei.

Modder River, 28. Dezember. Gegenwärtig ist ein scharfer Artilleriekampf im Gange. Die Boeren sind aufgeregt und auf einen nächsten Bajonettangriff gefaßt. Letzte Nacht eröffneten sie ein heftiges Geschützfeuer, das die englischen Außenposten aber nicht erwiderten.

Englische Maßnahmen.

Die Regierung hat das mit der Jeomanry-Aushebung beauftragte Komitee benachrichtigt, daß sie statt der ursprünglichen 8000 Mann jetzt 8000 bis 10000 Mann zu haben wünscht. Lord Gesham und seine Kollegen haben sofort Schritte gethan, um dieser nicht unerwarteten Forderung zu entsprechen. Die gesamte Truppenmacht wird als berittene Infanterie gedacht, mit Lee-Enfield-Gewehren bewaffnet, erhält aber kein Seitengewehr. Die Offiziere werden mit Revolver, außerdem vielleicht noch mit Gewehren ausgestattet. Das Komitee hat eine Proklamation erlassen, worin die Bildung von Jeomanry-Corps als das zunächst dringendste Bedürfnis bezeichnet wird. Die Retrowards dieser Proklamation läßt nicht gerade schließen, daß man sich darum reist, angenommen zu werden.

Während man in England bisher hoffte, daß den Boeren bald die Lebensmittel ausgehen würden, meldet jetzt der „Standard“ aus Durban: Jüngst aus Transvaal eingetroffene Leute berichten, die Felder seien in bestem Zustande. Die Ernte sei großartig ausgefallen. Die Hauptarbeit werde von Frauen und Eingeborenen gethan.

London, 29. Dezember. Die „Times“ melden in ihrer zweiten Ausgabe aus Lourenco Marques vom 28. Dezember: Hier geht das Gerücht, daß Matt Steyn, der Bruder des Präsidenten des Oranje-Freistaats und 800 Freistaatsboeren sich definitiv weigerten, weitere Kriegsdienste zu leisten.

Der Papst als Friedensstifter.

Wien, 29. Dezember. Wie aus Rom gemeldet wird, beabsichtigt der Papst an den österreichischen Kaiser ein Schreiben zu richten, worin er diesen bittet, sich persönlich bei der Königin von England für einen möglichst baldigen Friedensschluß mit Transvaal zu verwenden.

Boston, 29. Dezember. Der Gemeinderat nahm einen Beschluß an, in welchem Präsident Krüger zu den bisherigen Erfolgen beglückwünscht und der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, daß die Boeren schließlich völlig siegreich aus dem Kampfe hervorgehen.

## Lezte Nachrichten und Depeschen.

Bilan, 29. Dezember. (W. Z. V.) Beim Aufwinden von Schwammrohren in Kamptjall brach das Gerüst zusammen. Von sechs dabei beschäftigten Arbeitern wurden zwei getödtet und die anderen mehr oder weniger schwer verletzt.

Wien, 29. Dezember. (W. Z. V.) Der Kaiser hat der „Neuen Freien Presse“ zufolge die Quote mit 65% zu 34% Proz. für die Dauer eines halben Jahres bestimmt. — Das Gesetz betr. die Aufhebung des Zeitungs- und Kalenderstempels hat die Sanction des Kaisers erhalten.

Brinn, 29. Dezember. (W. Z. V.) Landtag. Jacel giebt namens der czechischen Abgeordneten eine Erklärung ab, in welcher er der Entrüstung über die Aufhebung der Sprachenordnungen Ausdruck giebt und alsdann fortfährt: Wenn die czechischen Vertreter trotzdem für das Budgetprovisorium stimmen, so geschieht dies aus Achtung vor den Institutionen des Landtages. Die Czechen erinnern jedoch daran, daß die letzte Stunde geschlagen, in welcher die Regierung und die Majorität auf friedlichem Wege zur Erfüllung der berechtigten Forderungen des czechischen Volkes schreiten können.

In der Abend-sitzung kam ein Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Gulla, Ellen, Jacel und Genossen, betreffend Gewährung der Amnestie für die anlässlich der letzten Ereignisse in Mähren politisch Verurtheilten, sowie Befreiung der Witwen und Waisen der Opfer der Demonstrationen, endlich betreffend den Schadenertrag für die durch die Demonstrationen Geschädigten zur Verhandlung. Der Dringlichkeitsantrag wurde ohne Debatte, der Antrag selbst nach der Begründung durch den Antragsteller angenommen. — Die nächste Sitzung findet morgen statt.

Großfeuer in der Hoppe'schen Maschinenfabrik.

Die einzige große Maschinenfabrik, die sich noch in den Mauern Berlins befindet und die nach Vorzug die älteste der Stadt ist, wurde Freitagmorgen von einem geradezu furchterlichen Feuer heimgegriffen. Mit knapper Not entgingen dabei zahlreiche Arbeiter und Feuerwehrmänner dem Flammentode. Die gesamte Berliner Wehe war auf die Meldung: „Alles zur Brandstelle!“ nach der Gartenstraße geeilt und arbeitete mit fieberhafter Tätigkeit Stundenlang an der Bekämpfung des Elementes. Ueber die Brandkatastrophe, die einen hervorragenden Platz in der Berliner Feuer-Chronik einnehmen wird, ist folgendes zu berichten:

Die Hoppe'sche Fabrik umfasst einen großen Komplex und besteht aus mehreren Gebäuden, in denen die Gießerei, Dampfstrahlerei und andere Betriebe untergebracht sind. Die nach der Gartenstraße gerichtete Vorderfront des dreistöckigen Hauptgebäudes mit 22 Doppelfenstern enthielt im Parterre das Maschinenhaus und in den oberen Räumen die Modelle, sowie die Tischlerei und Dreherei, während der anstoßende nach dem alten Kirchhofe zu liegende Seitenflügel mit einer Ausdehnung von 20 Fenstern Front-Maschinenfäße und Arbeitsräume enthielt. Beide Flügel sind von unten bis oben hin total zerstört. Die nackten Mauern sind bereits bereits eingestürzt, teils müssen sie abgetragen werden. Der verursachte Schaden ist demzufolge ganz enorm.

Um 1 Uhr mittags kam das Feuer zu ebener Erde in dem Maschinenhaus aus. Die anwesenden Arbeiter suchten es mit Hilfe der vorhandenen Fabrikschläuche abzuschöpfen und glaubten die Gefahr bereits beseitigt, als die Flammen durch die Transmissionen nach den oberen Stockwerken geleitet wurden und hier den Boden erfassten. Mit unglaublicher Schnelligkeit dehnte sich das Feuer nun aus, begünstigt durch die Transmissionen, so daß bei Ankunft der Wehr bereits die dritte Etage von beiden Flügeln ein einziges Flammenmeer bildete. Vorher war es dem Fabrikpersonal noch gelungen, 14 Arbeiter, denen durch die Verqualmung der Röhren über die Treppen abgesehen war, aus dem zweiten Stock des Seitenflügels über Leitern hinweg zu retten. Ursprünglich war nur die Meldung „Großfeuer!“ ergangen, als aber Branddirektor Giersberg bei seiner Ankunft die Größe der Gefahr überschaute, gab er schleunigst die weitere Meldung: „Alles zur Brandstelle!“ wodurch selbst die Wägen herangezogen wurden, die sonst bei Großfeuer nicht mit ausziehen. Die enorme Hitze gefährdete ernstlich mehrere Hinterhäuser aus der Bergstraße, weshalb auf deren Sicherung besonders Bedacht genommen werden mußte. In der Berg-, Garten- und Eiserstraße waren die Spritzen aufgefahren und sandten ungeheure Wassermengen in die Glut, ohne jedoch deren Kraft brechen zu können. Strahlend fürzten die brennenden Balken hernieder, durchschlugen die Decke der unteren Etage und trugen dadurch den Brand in die bis dahin verschont gebliebenen Parterreräume. Die Feuerwehre arbeitete mit geradezu übermenschlicher Anstrengung. Statt auf den Dächern liegend dirigierten die Wehrmänner die Wasserstrahlen und lösten sich in kurzen Zwischenräumen ab, um der enormen Hitze auf Minuten zu entgehen. Ein Hauptangriff geschah von dem nach beiden Seiten hin fürzag abfallenden Dache der einstöckigen Schmiede aus, die sich an den brennenden Seitenflügel anlehnt. Mehr als zwanzig Feuerwehrmänner und Offiziere besaßen sich auf dem Dache, als plötzlich ein großer Teil der Mauer einstürzte und alles rings um in eine dunkle Wolke hüllte. Einem Moment standen die Wehrmänner wie gelähmt, dann stürzten sie in wilder Flucht mehrere Schritte zurück, um dann sofort wieder kehrt zu machen. Es war ein Moment, der das Blut in den Adern erstarren ließ. Aus dem Publikum heraus ertönten Ausrufe: Feuerwehrmänner liegen unter den Trümmern! Aber dieser Mahnung bedurfte es nicht. Worlos, aber mit wahrer Todesverachtung drangen die Braven nach der Stelle vor, wo etwa Sechsmißte liegen mußten. Die Offiziere saßen nach den Röhren, um das Ihrige zur Rettung etwa verunglückter Kameraden beizutragen. Wenige bange Sekunden, dann hatte man die Gewissheit erlangt, daß niemand verunglückt sei. Die Mauer war hauptsächlich nach in neu gefallen und nur ein kleiner Teil hatte sich nach außen abgelehnt. Nun aber zog Branddirektor Giersberg die Leute aus dem Bereiche der Gefahr. Die umliegenden Gebäude waren in Sicherheit, die beiden Fabrikflügel waren dagegen nicht zu halten.

Die Abkühlungsarbeiten wurden erst am späten Abend beendet. Menschenleben sind, soweit bis jetzt bekannt, nicht gefährdet worden und die von der Polizei vorsichtigerweise herbeigeordneten Krankenwagen traten nicht in Aktion. Die Gartenstraße und Bergstraße waren für den Wagen- und Fußgängerverkehr von der Eiserstraße bis zur Invalidenstraße völlig gesperrt. Veritieren und Fußgängerleute hielten die zu vielen Tausenden an den Strahleneingängen sich anammelnde Menge zurück. Ueber die Entstehungsbursache des Feuers konnte bisher nichts ermittelt werden. Wie uns versichert wird, wurde das schnelle Umschlagen des Feuers dadurch gefördert, daß in den einzelnen Sälen handhohe Staubschichten lagen. Das Gebäude war alt und daher die Feuergefahr um so größer. Der Brandschaden ist ein ganz enormer, der Betrieb vollständig gestört.

Kommunales.

Aus der Magistrats Sitzung vom Freitag. Nachdem Oberbürgermeister Richter beglückwünscht worden war, trat das Kollegium in die Beratung der vorliegenden Tagesordnung und setzte seine Beratungen zur Feststellung des Stadthaushalts-Etats für das Jahr 1900 fort. Der Einzel-Etat der Gymnasien, Realschulen und Ober-Realschulen wurde in Einnahme mit 1 419 318 M. und in Ausgabe mit 3 183 934 M., also mit einem Zuschusse von 1 764 616 M. festgestellt. Unter den Einnahmen befindet sich das von den Schülern zu entrichtende Schulgeld, welches auf 1 378 000 M. angenommen ist, unter den Ausgaben ist die Summe für die Befoldungen des Lehrpersonals zc. mit 2 601 450 M. angesetzt. — Der Einzel-Etat der Realschulen (höhere Bürger Schulen) ist in Einnahme mit 407 328 M., darunter an Schulgeld 303 440 M., und in Ausgabe mit 1 135 518 M., darunter an Befoldungen des Lehrpersonals zc. 606 232 M., festgesetzt, es ist somit ein Zuschuß erforderlich von 729 186 M. —

Der Etat der städtischen höheren Mädchen-Schulen ist in Einnahme mit 526 250 M. und in Ausgabe mit 707 296 M., also mit einem Zuschuß von 180 776 M. festgestellt. In den Einnahmen ist das zu erhebende Schulgeld mit 521 000 M. und in den Ausgaben die Befoldungen des Lehrpersonals usw. mit 578 600 M. vorgesehen.

Die vom Stadtdirektor Hoffmann vorgelegten Entwürfe zu einer Gemeindefeuerwehr mit 36 Mann an Görtlicher Mkr., welche mit einem Kostenaufwand von 724 000 M. veranschlagt ist, sowie zur Errichtung der 13. Realschule am Schlegelwälder Ufer mit einem veranschlagten Kostenaufwand von 514 000 M., genehmigte das Magistratskollegium. — Ferner genehmigte das Kollegium den von Stadtdirektor Hoffmann vorgelegten Plan zur Errichtung einer städtischen Feuerwache an dem Kieselgasse Bach mit einigen Änderungen. Die Kasse ist berechnet auf eine Belegschaft von 1500 Personen. Die Kosten zur Ausführung dieser Anstalt mit allen nötigen Wirtschafts- und Wohngebäuden sind auf 9 800 000 Mark veranschlagt.

Infolge der am 21. d. M. von der Stadtverordneten-Versammlung erfolgten Ungültigkeitserklärung der Wahlen im 3. Wahlbezirk, II. Abteilung (Nung) und im 4. Wahlbezirk, III. Abteilung (W. i. l. a. r. g.) hat der Magistrat heute beschlossen, in beiden Fällen die Wahlen neu anzuordnen. Damit ist die hier und da angeführte

Meinung, daß bei Ungültigkeitserklärung der Wahl desjenigen, welcher die meisten Stimmen erhalten hat, derjenige, welcher demnach die meisten Stimmen auf sich vereinigt hat, als gewählt angesehen werden müsse, widerlegt. Eine Eigentümlichkeit werden die Neuwahlen insofern haben, als sie ohne die Bedingung des Hausbesitzes ausgeschrieben werden sollen, während im November d. J. in beiden Fällen vorgeschrieben war, daß in diesen Bezirken ein Hausbesitzer zu wählen sei. Der Grund liegt darin, daß vom 1. Januar 1900 an in der 2. Abteilung II, in der 3. Abteilung I Hausbesitzer mehr sind, als die Städte-Ordnung verlangt.

Lokales.

Dritter Berliner Reichstags-Wahlkreis. Sonntagabend 9 Uhr in Feuerkreis oberem Saal, Alte Jakobstr. 75: Große Silvesterfeier. Entree 20 Pf. Garderobe frei. Regen Besuch erwartet. Das Komitee.

Die Vergnügungs-, Turn- und Gesangsvereine, sowie alle Klubs, welche wünschen, daß ihre regelmäßigen Sitzungen im Vereinskalender bekannt gegeben werden, ersuchen wir, uns dies mit näherer Angabe zu übermitteln.

Berlin vor hundert Jahren.

laute ein Vortrag, den ein mit der Berliner Geschichte wohl vertrauter Forscher, Herr Dr. Gustav Albrecht, Donnerstagabend in der Urania gehalten hat. An der Hand einer großen Anzahl Kupfer aus dem Märkischen Museum, die als Plättchen deutlich vorgeführt wurden, entwarf die prächtige Hauptstadt der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts vor unsern Augen. Berlin zählte damals 150 000 Einwohner, ist also an Bevölkerung jetzt um das Zwölfwache, an Flächeninhalt vielleicht noch stärker gewachsen. Nach Süden hin begann am Halleschen Thor, nach Südosten hin an der Dreddenerstraße, der damaligen Niddorferstraße, das freie Feld. Im Westen ist die Stadt am Leipziger Platz zu Ende, während nördlich sich die Jungfernhöhe bis in die Gegend des heutigen Kriminalgerichts erstreckt. Weit vor der Stadtgrenze im Süden, dort, wo jetzt in langen Reihen die Mietkasernen der Tempelhofer Vorstadt stehen, wie auch nördlich vor dem Rosenthaler Thor zogen sich — Weinberge hin, deren Gewächs nicht allein dem Berliner Bürger über die Quellen des Erdendaseins hinweggeholfen, sondern — ein Zeichen allerdings verdächtig bescheidener Ansprüche — auch die königliche Tafel gestützt haben soll.

Im Bilde der älteren Stadt sind die Straßen und Plätze zwar geblieben, aber welche Veränderungen sich seitdem im Häuserbau wie im Straßenleben selber vollzogen haben, braucht wohl kaum dargelegt zu werden. Interessant aber ist, daß der Charakter des vorigen Jahrhunderts am ehesten noch in jener Straße bewahrt worden ist, die auch heute noch als Hauptpromenade gilt, in der Straße unter den Linden. Alle hervorragenden Gebäude, Zeughaus, Opernhaus, die verschiedenen Palais stammen aus dem Anfang oder der Mitte des 18. Jahrhunderts und haben im Laufe der Zeit nur in einigen bekannten Hotels und Geschäftshäusern einen mehr modernen Zuwachs erhalten. Das eigentliche Volksleben mag sich jedoch in den Gassen um die Petzkirche herum abgelebt haben und hat gewiß etwas von einer engen, selbstzufriedenen Gemütsart an sich gehabt. Was es doch damals auch noch wirkliche Volksfeste, wie den Stralauer Fischzug und das in der Spandauer Vorstadt gefeierte Schützenfest; des Weihnachtsmarktes, der Jung und Alt auf die Weine brachte, nicht zu vergessen. Von den sozialen Daseinsbedingungen damaliger Zeit erfahren wir wenig; es sei denn man erunterte sich der verhassten Institution der Bettelwägte, deren schmachvolle Aufgabe es war, gegen Sündenlohn Handverksburschen und andere Arme in den Ochsenkopf, in das am Alexanderplatz belegene Arbeitshaus zu schleppen. Auch mag einer seltsamen Handwerkerrevolte im Jahre 1793 gedacht werden. Das Bild zeigt uns, wie in einem Hause, wenn wir nicht fern in der Scharnstraße, einige recht stattlich gekleidete Handwerker gemächlich das Dach abdecken und die Möbel aus den Fenstern bombardieren, während unten auf der Straße die Soldaten, die damals Polizeidienste versehen, mit Ach und Krach des neugierig johlende Volk abwehren. Erwähnen wir noch weiter, daß abgesehen von den Linden, die abends der ganzen Länge nach beleuchtet waren, das öffentliche Beleuchtungsweien nur in mondähnlichen Nächten derart seines Amtes waltete, daß es an den Strahlenden ein paar spärliche Oellaternen aufstellte und im übrigen anordnete, daß bei Strafe der Festnahme sich niemand des Abends ohne Leuchte auf der Straße zeigen dürfe, so sind wohl die wesentlichen Züge des alten Berlin wiedergegeben. Können wir stolz sein auf die unerbürten Veränderungen, die der Menschengeist in der kurzen Zeitpanne von hundert Jahren hervorgebracht hat? Wer weiß, ob unsere Urwelt am Beginn des 1. Jahrhunderts nicht auch der heutigen Zeit mit einem mitleidigen Kosenimpfen gedenken? Soweit die Schwach der sozialen Zustände in Betracht kommt, ist es sicher, daß es dann bei dem Gefühl des Mitleids kaum sein Werden haben wird.

Der Polizeifabel gegen Streikende.

Am 27. Oktober berichteten wir über einen Vorgang, der sich zwischen streikenden Arbeitern der Industrie-Altiengeellschaft Lichtenberg und dem Gendarm Lange abgepielt hätte. Der Schlosser Kleeberg erhielt bei dieser Gelegenheit eine etwa einen Centimeter tiefe Wunde am Arm, der Dreher Laus zuerst eine Wadepfeife und dann einen Säbelhieb über die Hand.

Die in solcher Weise mißhandelten Arbeiter beschwerten sich über das Vorgehen des Gendarmen bei dem Landrat des Kreises Niederbarnim. In dem Bescheid des Landrats heißt es:

Gendarm Lange befand sich in der Ausübung des Dienstes und war genötigt, gegen Kleeberg und Laus von der Waffe (Seitenwehr) Gebrauch zu machen, nachdem die Anwendung gelinder Mittel fruchtlos ausgefallen war und die Genannten der Aufforderung zum Weitergehen auf der Dorfstraße zu Lichtenberg keine Folge gegeben hatten. Ueber die Anwendung seiner Amtsbefugnis ist Gendarm Lange auf Grund der angefertigten Ermittlungen dienlich rektifiziert worden.

Dieser Bescheid erscheint dem beschränkten Untertanenverstand recht widerprüchlich. Also der Gendarm war genötigt, von der Waffe Gebrauch zu machen, er ist aber trotzdem rektifiziert, das heißt zurechtgewiesen worden. Damit ist trotz gegenteiligen Wortlauts angegeben, daß auch der Landrat in dem Verhalten der Gendarmen einen Mißbrauch der Amtsgewalt erblickt, da die dienliche Zurechtweisung doch nur dann einen Sinn hat, wenn der Zurechtgewiesene sich eine unrechtmäßige Handlung hat zu Schulden kommen lassen.

In einem andern Falle, wo ebenfalls zwei an dem Streik der Industrie-Altiengeellschaft Lichtenberg beteiligte Arbeiter von den Gendarmen Lange und Meyer mit dem Säbel mißhandelt worden sind und die Beleidigten eine Beschwerde an den Landrat gerichtet haben, hat dieser die Beschwerdeführer in genau derselben Weise wie im vorstehenden Falle beschieden.

Gendarmen, die streikende Arbeiter mit dem Säbel mißhandeln, können mit einer „Rektifizierung“ davon, während Streikende, die einen Arbeitswilligen auch nur mit einem Worte kränken, auf Monate ins Gefängnis gesteckt werden. Und der Staat, wo solche Dinge an der Tagesordnung sind, heißt ein Rechtsstaat und verlangt, daß die arbeitende Bevölkerung zu ihm Vertrauen haben soll.

Die Mietssteuer ist zwar schon seit dem 1. April 1895 aufgehoben, aber sie steht immer noch in den Listen der Steuerverwaltung. In den letzten Jahren sind wiederholt Mietssteuer-Verträge, die vorher wegen Unrichtigkeit oder Unterlassung der Mel-

dungen nicht zur Aufschreibung gelangt waren, noch nachträglich aufgeschrieben worden; auch revidierten immer noch Mietssteuer-Schulden aus den Vorjahren. Selbst im Jahre 1898/99 war aus den Vorjahren noch ein Restbetrag von 3757,57 Mark einzuziehen. Nachforderungen von Mietssteuern wurden in diesem Jahre nicht mehr erhoben, aber 304,02 Mark, die in früheren Jahren abgesetzt worden waren, wurden noch einmal zum Soll gestellt, so daß im ganzen noch 4151,59 M. einzuziehen waren. Es gingen aber nur 682,40 M. ein. In zwei Fällen wurde wegen Mietssteuer-schulden sogar noch die Zwangsvollstreckung eingeleitet, die aber fruchtlos ausfiel. Da schließlich 3301,20 M. als unbeitreiblich niedergebucht wurden, so blieb für das Jahr 1899/1900 nur noch ein Rest von 268,17 M. Ein paar Mark davon dürfte die Mietssteuer-Steuerverwaltung noch in das neue Jahrhundert mit hinüber nehmen.

12 000 Centner Karpfen und Zander sind in den letzten drei Tagen der Engros-Markthalle zugeführt und sollen zum bevorstehenden Jahreswechsel zum Verkauf gelangen. Heute und morgen treffen jedoch noch weit größere Transporte in der Halle ein, die von den Fischhändlern gekauft und detailliert werden. Und bei alledem kennt der meiste Mann den Genuß des Festtagsens nur vom Hörensagen und ist froh, wenn ihm ein „Schneiderlapfen“ bleibt.

Beim Wareneinkauf vom Tode übersehen wurde gestern nachmittag um 3 Uhr der Händler Voßler aus der Kesselstr. 13, der an der Michaelisch-Brücke 1 ein Ladengeschäft betrieb. D., der seit einiger Zeit krankte, besuchte gestern nachmittag die Schokoladenfabrik von André Maurion, um Einkäufe zu machen. Dabei brach er im Comptoir plötzlich zusammen und verschied nach 5 Minuten. Die Reiterpolizei ließ die Leiche in das Totenhaus bringen.

Ein schwerer Unfall hat sich gestern morgen um 8 1/2 Uhr auf dem Gelände der städtischen Gasanstalt an der Danzigerstraße zugezogen. Der dort beschäftigte 32 Jahre alte Arbeiter Krummow wollte zwischen zwei Kohlenwagen, die auf einander zuliefen, über das Geleise hinweg durchschlüpfen, wurde aber von den Wagen gefaßt und zwischen die Räder gepreßt. Diese zerquetschten ihm den Brustkasten. Der Schwerverletzte wurde durch die Rettungsgesellschaft mit einem Trägerschiff nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht, starb aber schon auf dem Wege dorthin. Er war verheiratet und Vater von drei Kindern.

In geistiger Unmuthung hat der 43 Jahre alte Kaufmann Hermann H. aus der Musterhauserstr. 10 Hand an sich gelegt. Der Mann war jahrelang als Buchhalter bei Spindler beschäftigt, konnte aber schon seit Jahresfrist wegen eines schweren Nervenleidens seinen Dienst immer nur mit Unterbrechungen versehen. Gestern morgen fand ihn seine Frau als Leiche auf. Er hatte sich nachts in seinem Schlafzimmer eingeschlossen und erhängt.

Ein großer Fabrikbrand kam gestern früh 5 1/2 Uhr Kärntnerstraße 9 in der Metall-Straßfabrik von Solon u. Co. zum Ausbruch. Im Keller des Quergebäudes befindet sich die Gießerei der Fabrik. Dort war von Arbeitern in später Abendstunde noch Eisen zusammengeschweißt. Jedenfalls ist dann dieses glühende Metall mit Holzresten in Berührung gekommen und hat dadurch den Brand verursacht. Dieser hatte, als er bemerkt wurde, bereits die Kellerdecke durchschlagen und die Parterreräume erfaßt. Der erste Angriff der Wehr wurde durch die enorme Rauchentwicklung ungemein erschwert, weshalb auch nicht verhindert werden konnte, daß die Flammen durch den Fahrstuhl nach den oberen Stockwerken drangen und hier ebenfalls große Verwüstung anrichteten. Nach 2 1/2 stündiger Löscharbeit konnte die Gefahr als beseitigt gelten. Das energische Eingreifen der zweiten und fünften Compagnie bewirkte, daß in der Hauptkammer nur diejenigen Fabrikräume ausbrannten, die in der einzelnen Stockwerken in der Nähe des Fahrstuhls liegen. Immerhin ist der verursachte Schaden sehr beträchtlich.

Durch ein empörendes Verbrechen an einem Kinde erlitt die Weihnachtsfeier eines hiesigen Vereins eine peinliche Störung. Die Mitglieder hatten sich vorgefunden in einem bekannten Etablissement in der Königsstadt vereinigt. Zu den Besuchern gehörte auch der Kaufmann B. aus der Vondsbenerstraße, der mit seiner Frau und einem neunjährigen Töchterchen erschienen war. Einer der kleineren beschäftigte sich wiederholt mit der kleinen B. und lockte das Kind, ohne daß die Eltern etwas davon merkten, nach einem unbekanntem zweiten Saal. Das Schreien des Kindes, welches dem von dem kleineren beabsichtigten Verbrechen heftigen Widerstand entgegensetzte, wurde jedoch von den Festteilnehmern gehört, die die Anhalt verrieten. Der rege Patron wurde sofort in Haft genommen.

Einen Todesprung vom Dache des Hauses Angoldenstraße 7 vollführte gestern das 10jährige Dienstmädchen Auguste Krehmer, Tochter des in Moabit, Wilmersdorfstraße 6, wohnenden Fußgängerarms Föhmer, die bei dem in genanntem Hause im ersten Stockwerk wohnenden Kaufmann H. Sachs seit Oktober er. im Dienste ist. Sie begab sich zu diesem Zwecke auf den Boden des vierstöckigen Hauses, stieg durch eine Dachluke ins Freie, lief ca. 40 Meter weit auf dem Dachstuhl nach der Passauerstraße, ordnete hier die Kleider, breitete die Arme aus und sprang hinab. Sie fiel mit einem dumpfen Schlag auf das Pflaster und zerstückelte sich die Stirn damit, daß die Gehirnhäute blöslag. Der herbeigerufene Arzt konnte nur den sofort eingetretenen Tod feststellen. Die Leiche lag einige Zeit in einer Blutlache am Thotore, wurde dann in den Hausflur gebracht, wo sie stundenlang verblieb, bis der vom Schneberger Polizei-Amt requirierte Wagen eintraf, mittels dessen sie nach dem Leichenhaus transportiert wurde. Ueber die Ursache dieses entsetzlichen Selbstmordes ist nichts Gewisses bekannt.

Das Lehrprogramm der Volkshochschule Humboldt-Akademie für 1. Quartal 1900 ist erschienen. Es enthält auf 28 Seiten 71 Vortragsstoffe und Unterrichtsstoffe aus allen Wissensgebieten, welche in den vier Bezirken NW., W., WI., (Krausenland), O. (Zaphirland) und im alten Museum von Dozenten vor Herren und Damen gehalten werden. In einem Aufsatze des Vorstandes „zur Jahresrückmeldung“ wird der stetig ausfallende Erfolg dieser Volkshochschule seit ihrer Gründung im Jahre 1878 gedacht; auch das verfloßene Herbstquartal zeigte eine abermalig bedeutende Zunahme der Besucher in der Haupt- und mehreren Zweig-Verschlägen; es wurden 95 Klassen von 2000 händigen Hörern besucht. Die neuen Programme mit allem Näheren über Ort, Zeit, Preis und Bedingungen sind für 10 Pf. kassisch im „Anwaltsbank“ und in den Büreaus der Akademie, den Buchhandlungen: Schirmer, Unter den Linden 61, C. Haack, Goldammerstr. 116 a, Schmar, Hohne, Brinzerstr. 54, und Th. Pröhlich, Vondsbenerstr. 32. Ebenso sind auch die Sonderprogramme für die Bezirke S. (Vulkanland), und später die Bezirke NO. (Königsstadt) gratis erhältlich.

Theater. Im Carl Weiß-Theater gelangt heut nachmittag 4 Uhr als vorletzte Kinderdarstellung das reizende Nordermärchen: „Schneewittchen“ zur Aufführung und zwar bei kleinerm Preise. — Im American-Theater findet heute die Premiere von Berliner Nonnalte oder Dreizehn Striche auf Reisen, Parodie von Oscar Reim, Musik von O. Schirmer-Hofst. — Eine seltsame Spezialität, Salscha, der Haarhaftmensch, wird vom 1. Januar ab im Passage-Sanatorium aufgeführt.

Aus den Nachbarorten.

Des Ausgewiesenen Abschiedsfest. Das Abschiedsfest, welches der Niederbarnimer Kreis zu Ehren seines aus Preußen ausgewiesenen Kreisvertrauensmanns Anton Kopp veranstaltet hatte, gestaltete sich zu einer erhebenden, imposanten Kundgebung. Der große festlich geschmückte Schenkerische Saal war so überfüllt, daß vielen der Einlaß verjagt werden mußte. Eine Reihe Gesänge wurden von dem Nummernreicher Gesangsverein in formvollendeter, zum Herzen sprechender Weise dargebracht. Nach der namens des Abgeordneten des Kreises gehaltenen Ansprache ergriffen eine große Anzahl Delegierter der einzelnen Bezirke des Kreises, der Agitationskommission und des Kreises Leitender-Vorw. das Wort zu passenden Ansprachen. Fern über die Ausweisung,

Verachtung gegen die Wahrheit, durch Fälschungen einzelner der großen Kulturbewegungen in die Sphäre fallen zu können. Das gegenüber der unregelmäßigen, jahrelangen Tätigkeit Stoppes und seiner Frau sowie das Verbrechen, ihm erst recht raslos, im Sinne unseres Zeitgeistes die agitativen Tätigkeit zu entfalten, die große Zurückverpflichtung, die die sozialdemokratische Idee im kommenden Jahrhundert freigelegt sein und Anweisungen von „Ausländern“ erteilen zu lassen, werden durch den Antritt der Tätigkeit im Reichspostamt, die sich auf den Ideenreichtum des Galiziers Schweinburg stützt und dem Jährlingen Arbeiter den Aufenthalt im mächtigen Preußen verbietet, gelangen in der Neben zum Ausdruck. Zum Ausdruck wurden Stoppes ein prächtig gearbeitetes Diplom mit der Unterschrift vieler Genossen, mit denen er im Reich tätig war, sowie Blumen und Kränze verehrt. Bewegte dankte Stoppes für die vielen Bezeugungen der Teilnahme und versprach, in demselben Sinne wie bislang auch im Auslande für das höchste Ziel streiten zu wollen. Als die fast nur aus erprobten Männern und Frauen bestehenden tausendköpfigen Versammlung drei Strophen der Marseillaise zum Schluss ziehend abging, da ging es wie ein Siegesrausch durch den Saal: Immer die Welt trotz alledem! Mit Hochrufen auf die Sozialdemokratie und das ausgesetzene Ehepaar trennte sich die Versammlung.

**Nummelsburg.** Heute, Sonnabendabend 8 1/2 Uhr, findet bei Hofsch, Rene Berg, Oberstr. 70, eine Parteiverammlung statt. Auf der Tagesordnung steht die Wahl von Delegierten zur Kreisversammlung, und Erörterung über eine Forderung des Organisationsstatuts. Die Parteigenossen werden um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Vertrauensmann.

**Waidmannslust.** Sonnabendmorgen 4 Uhr findet bei Streckendach eine Volksversammlung statt zwecks Wahl der Delegierten zur Kreisversammlung. Zahlreiches Besing erwartet. Der Vertrauensmann.

**Abiershof.** Den Mitgliedern des Arbeiter-Bildungsvereins zur Kenntnis, daß der erste Diskussionsabend am Donnerstag, den 4. Januar, stattfindet. Es wird die Diskussion über „Rufen der Genossenschaft“ fortgesetzt.

**In einem argen Tumult kam es in Spandau** während des Festes in einem großen Tanzlokal, wo Soldaten mit Zivilpersonen in eine Schlägerei geraten waren. Der Saal wurde dabei, wie die „Berl. Ztg.“ meldet, fast gänzlich demoliert; Polizeibeamte, die Ruhe stiften wollten, haben Verletzungen davongetragen, und es war ihnen, da sie selbst stark ins Gedränge gerieten, nicht möglich, Verhaftungen vorzunehmen. Die Namen der am meisten Beteiligten sind indes festgestellt, so daß die Untersuchung gegen die Schuldigen eingeleitet werden konnte. Hervorragenden Anteil an den Ausschreitungen hatten Soldaten des 5. Garde-Regiments z. B.

**Aus Niddorf.** Ein Einbruchdiebstahl wurde bei dem Glasofenstraße 11 wohnhaften Handelsmann Kempe angeführt. Dem Dieben fielen 2 Koffer mit 12 wertvollen Mastenklappen zur Beute. Vieher fehlt von den Thätern jede Spur. Ein weiterer Einbruch wurde in der Bäderstraße von Kupferstraße, Bergstr. 73, verübt. Hier drang ein Dieb mittels Nachschlüssel in die Geleisenstube und entwendete den Geleisen mehrere Kugeln, Taschenrechner und bares Geld. Ingesamt beläuft sich der Wert der gestohlenen Sachen auf über 300 Mark. Als Thäter ist seitens der hiesigen Kriminalpolizei der mehrfach vorbestrafte Badergasse Kasimir Dydersky aus Berlin ermittelt und verhaftet worden. — Der Arbeiter Tod von hier stürzte in der Bergstraße von einem Strohwagen herab und zog sich dabei außer anderen schmerzhaften Verletzungen einen Bruch des Kreuzbeins zu.

**Kunst und Wissenschaft.**

Die Hochzeit der musikalischen Darbietungen ist während der Weihnachtswoche von einer ergyischen Ebbe abgelöst worden, so daß von feierlichen Gaben nicht zu berichten ist. Diese Ruhepause hat sich aber Herr Medice mit seinem Philharmonischen Orchester zu nutze gemacht, um alle vier Feiertage durch Sinfonie-Konzerte zu verherrlichen. Wir haben das letzte derselben, am Donnerstag, besungen, weil es einige bemerkenswerte Ansiehungen bot. In diesen wählten wir nicht die Variationen aus dem A-dur-Quartett von Beethoven (Op. 18, Nr. 5) rechnen. Es ist ein durch nichts gerechtfertigter Mißbrauch, Streichquartett-Sätze mit voller Orchesterbesetzung der einzelnen Instrumente nach den Taktschlägen eines Dirigenten zu spielen. Beides dient nur zur Verrohung und Verflachung, wegen die Leistungen der Spieler an sich auch noch so vorzüglich sein. Und wozu? Ist etwa Mangel an guter Orchesterkunst? Die Frage ist doch zum Nachdenken! Oder bietet sich zu wenig Gelegenheit, Streichquartette zu hören? Ja, wenn das auch der Fall wäre, hat ein Sinfonie-Orchester den Beruf, da ergänzend einzutreten? Oder, wenn die „Abwechslung“ die Auswahl rechtfertigt, müssen denn die Stimmen durchaus mehrfach besetzt sein? Sind nicht in demselben Maße selbst noch schwächere Ensembles — wie erinnern uns z. B. eines Vortrages der Beechovschen Streich-Trio-Serenade — mit ausgezeichnetem Erfolge zu Gehör gebracht? Wenn also durchaus ab und an Anleihen bei der Kammermusik gemacht werden sollen, dann raten wir dringend, sich der zahlreichen herrlichen Werke für mehr als vier oder fünf Instrumente zu erinnern, die, namentlich wenn aus Blasinstrumenten erforderlich sind, selten im Konzertsaal erscheinen, weil aus mehrfachen naheliegenden Gründen die ständigen Konzert-Vereinigungen nur die Streichmusik kultivieren. Dann aber fordern wir unbedingt, daß sich die Ausführenden als Solisten produzieren, wie die Werke gedacht sind, und der Kapellmeister die Meister für die Dauer solcher Produktionen aus seiner Vormundschaft entläßt. Wer solche Werke öffentlich spielen darf, der braucht keinen Dirigenten, und kein Dirigent ist im Stande, sich einem Solisten nicht lästig zu machen, wenn er sich selbst zur überflüssigen Dekoration degradiert.

Die Hauptanziehung des Programms bildete wohl die Mitwirkung der Frau Elizabeth Medice, welche die Arie aus „Nidelio“: „Hilff mir, wo ich dich hin?“ und die Arie aus „Oberon“: „Ocean, du Ungeheuer“ sang. Die gut gebildete Stimme spricht noch in allen Tönen mihelose an. Das Organ hat aber nichts Sympathisches, und der Vortrag ist nur korrekt, aber ohne individuelle Vertiefung. In der zweiten Arie fiel ein starkes Tremolieren auf, was Weber nicht vertragen. Die Aufnahme war eine ausnehmend warme, und ähnelte sich nach zahlreichen Hervortritten noch in einer fürstlichen Begrüßung des dirigierenden Gatten der Künstlerin, als dieser nach ihrem Verschwinden zur Leitung der Schulstammer, der Kammermusik-Superviseur, das Podium betrat. Sie hatten diebeis keine Vorstellung davon, daß sich zwischen dem Philharmonischen Publikum und seinem Dirigenten ein so intimes Verhältnis herausgebildet hat. Das kann nur als eine erfreuliche Grundlage für ein erfolgreiches Wirken dieser Konzerte zur Entwicklung der Liebe und des Verständnisses für die erste Musik begriffen werden. Aber es ist nicht gerade nötig, daß die Sympathie bis zur Aktlosigkeit geht. Es hat doch wohl des Guten etwas zu viel, wenn Medice's „Overture dramatique“, die alles andere eher als „dramatisch“ ist und, wenn irgend etwas, unter dem Begriff „Kapellmeistermusik“ fällt, mit einer Begeisterung, belästigt wurde, die der vorher bei der dritten Leonoren-Overture an den Tag gelegten in nichts nachstand.

Den Kern des Abends bildete die den zweiten Teil des Konzerts bildende „Revue“ von Beethoven, natürlich nur mit ihren drei ersten Sätzen. Die beiden ersten, in deren Sturmgedränge das Orchester sich nicht halten ließ, gelangen vorzüglich. Der Reichtum und die Anancierung ist hier durch den Schöpfer dieses Wunderwerkes so überaus reichend und erhabend gegeben, daß man ausgedehnte „Feinheiten“ des Dirigenten gern vermisst. Sehr viel minder befriedigte der dritte — langsame — Satz. Das schnelle und sichere Fassen des Tempos ist Medice's Stärke nicht; und da hier das Tempo mehrfach wechselt, war die Führung unsicher, der Vortrag unruhig. Dadurch wurde die Klarheit und Schärfe der Rhythmisierung vielfach beeinträchtigt. Auch traten die wichtigen Nebenstimmen nicht mit dem ihnen gebührenden Gewicht hervor. — Bm.

**Vom polnischen Kriegeschauplatz** handelte die Anklage wegen Verhöhnung, die den Redakteur der „Gazeta Robotnicza“, Zimmermann Josef Pedzikowski gestern vor die siebenbe Strafkammer des Landgerichts I führte. Er wurde beschuldigt, durch einen in der Nr. 30 vom 29. Juni veröffentlichten Artikel aus Jaborge den Antsdorfscher Rechner beleidigt zu haben. Letzterer hatte, was bezeichnend für die Zustände in Oberschlesien ist, das Antleben eines in polnischer Sprache abgefaßten sozialdemokratischen Blattes verboten, wie er bei seiner Vernehmung angegeben hat, weil er der polnischen Sprache nicht genügend mächtig sei, um kontrollieren zu können, ob nicht das Blatt im Anschluß an die Erörterungen über die Justizhausvorlage einen strafbaren Inhalt habe, das heißt Verleumdungen enthalte. Das Verbot gab dem Artikelschreiber Veranlassung zu scharfen kritischen Bemerkungen und er sagte darin u. a.: „Das ist die neueste Vergeßlichkeit der Gerechtigkeit und der bürgerlichen Gleichberechtigung; mit solchen Schandflecken hat die menschlische Gesellschaft in dem 19. Jahrhundert der Kultur zu kämpfen.“ Der Antsdorfscher Rechner hatte sich hierdurch beleidigt gefühlt und den Strafantrag gestellt. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht darauf, daß ein solcher Artikel geeignet sei, die polnische Bevölkerung zu beunruhigen, 300 M. Geldstrafe event. 30 Tage Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte auf 150 Mark Geldstrafe event. 30 Tage Gefängnis.

**Eine böse Zorie Wurst** hatte der Handelsmann Rudolf Vilain, der gestern wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz vor dem Schöffengericht stand, in Verleth gebracht. Der Angeklagte hatte einem Schlächtermeister, der sein Geschäft aufgeben wollte, 33 Centner Cervelatwurst für den Preis von 25 Pf. pro Pfund abgekauft. Der Verkäufer hatte dem Angeklagten ausdrücklich bemerkt, daß die Wurst nur zu technischen Zwecken zu verwenden sei, da ein Teil derselben bereits in Fäulnis übergegangen sei. Trotzdem ließ der Angeklagte in Provinzialblättern Anzeigen veröffentlichen, wonach er unter der Ueberschrift: „Sünlige Gelegenheit!“ ein Kilo Pfund von 9 1/2 Pfund Cervelatwurst, gute Dauerware, für 70 Pf. das Pfund empfahl. Ein Einwohner in Bromberg, der sich eine Sendung kommen ließ, merkte schon am Geruch, daß die Wurst für menschlichen Nahrung ungeeignet war. Der Angeklagte entzündete sich damit, daß ein Teil der Würste noch genießbar gewesen sei, der Bromberger Verkäufer mußte gerade lauter verdorbene Würste erhalten haben. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 100 M. und Veröffentlichung des Urteils in der „Allgemeinen Preussisch-Preussischen Zeitung“ und dem „Lokal-Anzeiger“, der Gerichtshof erkannte auf 50 M. Geldstrafe und Veröffentlichung im „Lokal-Anzeiger“.

**Vom Glend der Bureaubeamten.** Einen traurigen Abschluß fand das Jahrhundert für den Bureauvorsteher Friedr. Kube, welcher gestern der dritten Strafkammer des Landgerichts I aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde. Der Angeklagte war seit dem 1. Februar v. J. bei dem Rechtsanwalt H. beschäftigt. Sein Chef erkrankte und mußte während dieser Zeit dem Angeklagten ein weitgehendes Vertrauen schenken. Als Rechtsanwalt H. wieder im Stande war, die Geschäfte selbst zu übernehmen, ließ er auf grobe Unordnungen. Es waren Buchungen über von Mandanten eingezahlte Beträge nicht gemacht und andererseits Zahlungen gebucht, die nicht erfolgt waren. Als der Angeklagte die Gutbedingung vor Augen sah, ergriff er die Flucht. Erst nach vielen Monaten wurde er in Jütlich ermittelt, wo er eine Stelle in einem Handlungshaus besetzte und zur Zufriedenheit seines Chefs ausfüllte. Im Oktober wurde er nach Berlin gebracht. Der Angeklagte wies nach, daß er durch elende Entlohnung auf Abwege gebracht worden war. Er habe monatlich nur ein Gehalt von 100 Mark bezogen, womit er seine aus vier Köpfen bestehende Familie kaum habe ernähren können. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten, der Gerichtshof erkannte demgemäß.

**Der Besitzer des hiesigen Centraltheaters,** Herr Burghard, ersuchte im Sommer 1897 den Berliner Polizeipräsidenten um die Bauerlaubnis zu einem massiven Schuppen, den er auf dem Grundstück Alte Jakobstr. 30-32 errichten wollte. Der Schuppen sollte zum Aufbewahren von Couffisen für das genannte Theater dienen. Der Polizeipräsident lehnte das Gesuch ab, weil die zulässige Bebauung des Grundstücks schon überschritten sei. Zugleich wurde Herrn B. noch aufgeboten, aus verschiedenen in der Nähe des Theaters gelegenen orten alle dort aufbewahrten Couffisen und leicht verletzlichen Gegenstände zu entfernen, sowie an zwei Stellen die nicht genehmigten Glasdächer zu beseitigen. Dies Verlangen wurde damit begründet, daß durch jene Einrichtungen das Theater einer besonderen Feuergefahr ausgesetzt sei. — Der Oberpräsident billigte die Verfügung, worauf Burghard gegen ihn beim Ober-Verwaltungsgericht Klage erhob. B. hatte in einigen Punkten die Verfügung befolgt. Er verlangte aber, daß ihm gestattet werde, die beiden Glasdächer auf den erwarteten Stellen zu belassen. Durch die Dächer werde eine Feuergefahr nicht geschaffen, da das Material — Glas und Eisen — unverbrennbar sei. Couffisen wolle er nicht mehr darunter aufbewahren; die Dächer könnten aber den im Theatergarten weilenden Gästen bei plötzlichem Regenschne ein gewisses Schutz bieten. Hebrigeis seien die Glasdächer schon seit dem Jahre 1870 vorhanden und damals gelegentlich der polizeilichen Annahme einer anderen Bauweise nicht beanstandet worden. Der vierte Senat des Ober-Verwaltungsgerichtes wies die Klage ab. Ohne Zweifel seien die beiden Glasdächer nicht genehmigt worden. Demgegenüber bleibe unerheblich, daß die Polizei weder 1870 noch später beanstandet habe. Sie erhöheten die Klage auf, weil bei beiden Stellen, die dem Theater gefährlich werden könne; ihre Beseitigung habe deshalb der Polizeipräsident mit Recht verlangt.

**Wegen Vergehens gegen das Vereinszollgesetz** wurde dieser Tage der Handelsagent Wondy von der Strafkammer des Landgerichts X zu einem Monat Gefängnis und zur Zahlung eines Wertes von 142000 Mark an die Reichsstaatskasse verurteilt. Wondy hatte in den Jahren 1895 bis 1898 aus England etwa 130000 Alteschwein Schweinefleisch bezogen und dafür den festgesetzten Zoll bezahlt. Das Fleisch stammte aus Amerika, war in England geräuchert und dann nach französischen Häfen verschifft worden, von wo es auf Grund von Ursprungsattesten, die von französischen Tierärzten ausgestellt waren, als französische Ware die deutsche Grenze überschritt. Durch Verordnung vom 6. März 1883 ist die Einfuhr amerikanischer Schweinefleischs nach dem Deutschen Reich verboten, später aber mit der Einschränkung gestattet worden, daß das Fleisch im Ursprungslande nach Maßgabe der dort geltenden Vorschriften unterliegt und für frei von gesundheitsgefährlichen Einflüssen befunden worden ist. Der Angeklagte hatte behauptet, das Fleisch für englisches gehalten zu haben, wurde aber mittels der Fäulnisse der genannten Kenntnis des wahren Ursprungs desselben überführt und wegen Gebrauches gefälschter Ursprungsatteste zu obiger Gefängnisstrafe sowie zu dem angegebenen Wertes der nicht mehr einziehbaren Fleischwaren verurteilt.

**Verfassungen.**

**Die Zwangsammung für das Tischlergewerbe** tritt am 1. Januar in Kraft. Nach dem Statut besteht die Innungsverfassung nicht aus sämtlichen Innungsmitgliedern, sondern aus 168 Delegierten, die von den Mitgliedern — jedenfalls Mitte Januar — zu wählen sind. Um die Auffstellung der Kandidaten zur Delegiertenwahl für den Bezirk Südost handelte es sich in einer öffentlichen Tischlermeister-Versammlung, die am Donnerstag Waldemarstraße 73 abgehalten wurde. Wie aus den daselbst gepflogenen Debatten hervorging, stehen sich bei der Delegiertenwahl zwei Richtungen gegenüber. Die eine wird vertreten von denen, die in der alten Innung die führenden Elemente waren und denen von der Gegenpartei nachgesagt wird, daß sie ihre Vertreter in

Innungsverstand in erster Linie zur Wahrnehmung persönlicher Interessen bemüht hätten. Die andere Richtung besteht sowohl aus Mitgliedern der alten Innung, wie aus solchen Rekruten, die bisher außerhalb der Innung standen. Von dieser Richtung wurde die genannte Versammlung einberufen, die sich dahin ausdrückte, daß es nicht im Interesse des Handwerks liege, wenn die innungsbundenen Elemente der alten Innung an die Spitze der neuen Innungsverfassung kämen, man müsse vielmehr unabhängige Männer wählen, denen die Interessen der Allgemeinheit über den persönlichen Vorteil gehen. Die Versammlung stellte eine Kandidatenliste auf, auf der sich auch der Name des bisherigen Obermeisters Marischal befindet. Herr Marischal, der sich wiederholt an den Debatten beteiligte, wurde von allen Seiten, auch von Gegnern der alten Innung, die Anerkennung gezollt, daß er ein rechtschaffenster Mann sei, der an dem scharf kritisierten Treiben des alten Innungsvorstandes nicht beteiligt war, sondern meist im Gegensatz zu den anderen Vorstandmitgliedern gestanden habe. Für die übrigen Wahlbezirke der Innung — Berlin ist in vier Wahlbezirke eingeteilt — finden ebenfalls Versammlungen statt. Die nächste wird am 2. Januar Invalidenstr. 1 abgehalten.

**Die Schumacher** beschäftigten sich in einer öffentlichen Versammlung am 27. Dezember mit der durch die Aufhebung des Verbindungsverbotes geschaffenen Lage. Der Referent, Genosse Kehler, vertrat seinen bekannten Standpunkt, daß die Gewerkschaften am besten durch Vertrauensmänner zu zentralisieren seien. Daran äußerte auch die Aufhebung des Verbindungsverbotes nicht, da die Bewegungsfreiheit der Arbeiter nur in den lokalen Vereinigungen gewährt sei. Die Diskussion hierüber soll in einer späteren Versammlung stattfinden, zu der auch Genosse Kehler sein Erscheinen zugiebt. Als Kandidaten zum Gesellenausstieg werden aufgestellt: Hammacher, Scholz, Köhler, Reiche, Otto Herrmann, Burghagen, Schwarz, Kunze, Schumacher und Ritter. Diese sind sämtlich gewerkschaftlich organisiert. — Eine längere Diskussion rief dann noch der Anschlag der Schumacher an das Gewerkschaftskartell hervor. Vogs, Hildebrandt und Schmoll traten für den Anschlag ein, Hammacher ist dafür, die Sache noch vorläufig ruhen zu lassen, da es nicht ausgeschlossen sei, daß durch die Aufhebung des § 8 in kürzerer Zeit eine Änderung in der Form der Kartellierung eintreten könne. Herrmann weist noch darauf hin, daß da die Schumacher zentralorganisiert, das Gewerkschaftskartell jedoch hauptsächlich aus Lokalorganisationen bestehe, besondere Schwierigkeiten entstehen können und ist auch der Ansicht, die Angelegenheit vorläufig ruhen zu lassen. Da sich die Versammlung unterdessen stark gelichtet, wird beschloffen, von dem Anschlag an das Kartell vorläufig Abstand zu nehmen.

**Niddorf.** Hier fand am 20. Dezember eine außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Holzarbeiter-Vereins des hiesigen Bezirkes statt. Klingner hielt einen außerordentlichen Vortrag über Arbeitslosen-Unterstützung. In der Diskussion erklärte sich die Mehrzahl der Redner für die Arbeitslosen-Unterstützung. Beschloffen wurde: Der Vorstand wird beauftragt, mit dem „Vorwärts“ in Verbindung zu treten bezweck gleichmäßiger Preisberechnung von Annoncen der in den Bezirken von Berlin bestehenden Zahlstellen des Deutschen Holzarbeiter-Vereins mit denen der Zahlstelle Berlin. Es soll in der hiesigen Zahlstelle ein Beamter zur Agitation fest angestellt werden. Den Ausschüssen in Wilmers sollen 20 Mark überwiesen werden. Die Streikbrecher bei dem Streik der Möbelpolierer in der Fabrik von Laborenz sind aus dem Verband ausgeschlossen worden.

**Kreireligiöse Gemeinde.** Sonntag, den 31. Dezember, vorm. 10 1/2 Uhr, im oberen Saal des Englischen Gartens, Alexanderstraße 20: Vortrag des Herrn Professors Dr. Albert Wehrle: „Fortschritt der Menschheit“. Montag, den 1. Januar 1900, vormittags 10 1/2 Uhr, ebendortselbst: Vortrag des Herrn Wilhelm Bölsche: „Das Ende des Jahrhunderts“. Gabe und willkommen.

**Deutsche Gesellschaft für ethnische Kultur.** Absteigung Berlin, Sonnabend, den 30. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Bürgerlokal des hiesigen Rathauses: Monatsversammlung zum Jahresabschluss: Vortrag von Herrn Geheimrat Prof. Dr. W. H. Röntgen: „Die Solidarität der Menschheit“. Nach dem Vortrag geistliches Zusammensein im Berliner Ratheslokal (Freier Zimmer).

**Konsumverein Eintracht.** Heute, Sonnabend, präzis 9 Uhr bei Frau Kanneh, 9: Monatsversammlung.

**Hannoversche Gemeinde.** Mehrerstraße 47, im oberen Saal des Brandenburger Hauses: Ersten Monatsversammlung, vormittags 10 1/2 Uhr. Herr Dr. Rudolf Beitz über: „Heiligkeit und Unwissenheit“. Damen und Herren haben freien Zutritt.

**Demisches.**

**Ein Landbriefträger erfroren.** In der „Arzt-Ztg.“ lesen wir: Der Landbriefträger Franz Lüdke, wohnhaft zu Hebronn-Dammig, wurde am Hebronn-Dammig-Schneehöhe Wege erfroren aufgefunden. Lüdke war bereits 10 Jahre im Postdienst tätig und hinterließ eine Frau und drei Kinder im Alter von 1-6 Jahren. — Wieviel Gehalt mag der Mann bekommen haben, der, sei es infolge ungenügender Ernährung und Kleidung, sei es aus sonst welchen Gründen, einen derartigen Tod im Besitze erleiden mußte?

**Blutthaten in Russland.** In der Nähe der Station Chertuchovsk im Gouvernement Charkow ist an Oberst Szejsojew und seiner Bedienung ein Raubmord verübt worden. — Auf dem Gute Tappu wurde die Staatsrätin Seerjajowa nebst ihrer Tochter ermordet. Nach Verübung des Mordes zündeten die Thäter das Haus an; von den Leichen der Ermordeten wurden nur die Skelette gefunden.

**Briefkasten der Redaktion.**

**Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 6-8 Uhr abends statt.**  
Festsetzen. Spandau ist eine Festung.  
— F. R. Rein, denn Sie selbst haben erklärt, daß Sie nur gegen Rückzahlung der Miete ziehen wollen, bedenken Sie also mit dem Einbürgerungsangebot nicht einverstanden erklärt. — F. S. Das Recht Ihres Wirtes befristet 30 Jahre lang, von der letzten Zwangsabfertigung ab gerechnet.  
— Kraft. Die Aushebung eines Passes beantragen Sie bei der Polizei. Der betreffende Pass muß dann von der russischen Postamt bittet werden. Das lohnt in der Regel die russische Schicksale Jaden gegenüber ab.  
— Kranke. B. Ob eine Wahl nach Bestimmungen zulässig ist, ist ohne Kenntnis des Statuts nicht zu entscheiden. So wie die Sache nach Ihrer Schilderung liegt, scheint das geratener, daß der neue Vorstand die Wahlbedingungen des alten Vorstandes festsetzt und eine neue erläßt. — 1000. Wahrheitslich sein. — H. T. Kolonier. 1. Bedenken Sie sich an den Vereinsabstimmungsverein. Die Wand können Sie mitnehmen, müssen aber den früheren Zustand wiederherstellen. — W. Sch. 1. Reu. 2. Ja.  
— P. Z. 1. Das Bürgerliche Gesetzbuch hat 2955 Paragraphen und 218 Artikel, ein Einführungsgesetz. 2. Die zweite von Ihnen erwähnte Ausgabe ist wertlos. Sie erhalten eine Terrangabe für etwa 20 Pfennig, die holländische Ausgabe für 30 bis 40 Pfennig. Ein brauchbarer Kommentar kostet etwa 30 Mark. — H. S. 91. Reu. — 61. W. S. Für nicht länger als 3 Monate rückständige Steuern kann der Lohn mit Zwangsbelag belegt werden. Was Sie sonst anführen, gilt als unentbehrlich und deshalb unparierbar. — P. Sie müssen schreiben, daß Sie kündigen, wenn Sie ziehen wollen. — P. 50. Können Sie in die Sprechstunde.

**Witterungsübersicht vom 29. Dezember 1899, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Baromet. Stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Temp. in F.	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Temp. in F.
Stettin	751	OSO	5	Dunkel	-3	27	Südwest	7	bedeckt	-10	14
Danzig	744	OSO	4	bedeckt	0	32	Südwest	7	bedeckt	-11	11
Berlin	750	OSO	3	wolkig	-1	31	Südwest	7	wolkig	-7	19
Wiesbaden	746	O	2	Regen	-2	28	Südwest	7	bedeckt	-3	27
München	748	SO	4	wolkig	-2	28	Südwest	7	Regen	-7	19
Wien	755	SO	1	bedeckt	-2	28	Südwest	7	bedeckt	-7	19

**Weiterprognose für Sonnabend, den 30. Dezember 1899.**  
Etwas wärmer, zeitweise anhaltend, vorwiegend trübe mit Niederschlägen und frischen südwestlichen Winden.  
Berliner Wetterbureau.



